

Jahreswirtschaftsbericht 1985 der Bundesregierung**Inhaltsverzeichnis**

	Ziffern
A. Ausgangslage und wirtschaftliche Perspektiven für 1985	1 bis 14
I. Wirtschaftspolitische Ausgangslage	1 bis 9
II. Gesamtwirtschaftliche Eckwerte	10 bis 14
B. Soziale Marktwirtschaft in der Bewährung	15 bis 70
I. Politik für mehr Arbeitsplätze	15 bis 39
1. Mehr Wachstumsdynamik	15 bis 21
Mehr Arbeitsplätze über verstärktes Wirtschaftswachstum	16 bis 18
Verstärktes Wachstum über mehr Investitionen	19 bis 20
Mehr Investitionen über bessere Finanzierungsbedingungen	21
2. Weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen	22 bis 39
Fortführung solider Haushaltspolitik	23 bis 25
Wachstumsorientierte Steuerpolitik	26 bis 27
Stärkung der Eigenkapitalbasis	28
Weitere Privatisierung von Bundesunternehmen	29
Abbau bürokratischer Regelungen	30
Geldpolitik für Stabilität und Wachstum	31
Verantwortungsbewußte Lohnpolitik	32 bis 33
Weiterer Ausbau der Vermögensbildung	34
Beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik	35 bis 38
Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt	37 bis 38
Sicherung der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft	39

	Ziffern
II. Europäische und internationale Wirtschaftspolitik	40 bis 49
Europäische und internationale Währungspolitik	42 bis 43
Internationale Währungspolitik	44
Außenwirtschaftspolitik	45 bis 49
III. Wettbewerbs- und Strukturpolitik	50 bis 70
Wettbewerbspolitik	51 bis 53
Mittelstandspolitik	54 bis 56
Forschungs- und Technologiepolitik	57 bis 58
Umweltpolitik	59 bis 61
Energiepolitik	62 bis 63
Stahlpolitik	64
Agrarpolitik	65
Regionale Strukturpolitik	66 bis 68
Wirtschaftsförderung Berlin	69
Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen	70

Anlage

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1984 sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung	1 bis 7
B. Jahresprojektion 1985	8 bis 18

Jahreswirtschaftsbericht 1985 der Bundesregierung

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) legt die Bundesregierung hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat den Jahreswirtschaftsbericht 1985 vor.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1985 zur Verfügung. Sie sollten auch bei den preis- und einkommensrelevanten Entscheidungen im Gesundheitswesen — gemäß § 405 a der Reichsversicherungsordnung — berücksichtigt werden.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat am 23. November 1984 sein Jahresgutachten 1984/85 (JG) unter dem Titel „Chancen für einen langen Aufschwung“ vorgelegt. Die Bundesregierung dankt dem Sachverständigenrat für die umfassende Analyse der Wirtschaftslage und die Diskussion wichtiger Fragen der Wirtschaftspolitik. Sie nimmt zum Jahresgutachten wie im letzten Jahr im gesamten Bericht jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts wurde die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung mit Vertretern der Gewerkschaften und dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen gewerblichen Wirtschaft sowie mit den Ländern und Gemeinden im Konjunkturrat für die öffentliche Hand erörtert.

A. Ausgangslage und wirtschaftliche Perspektiven für 1985

I. Wirtschaftspolitische Ausgangslage

1. Mit dem Jahr 1985 tritt der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland in sein drittes Jahr ein. Die von der Bundesregierung Ende 1982 eingeleitete marktwirtschaftliche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik bestand damit ihre Bewährungsprobe. Zu Recht hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung festgestellt, daß gravierende Fehlentwicklungen inzwischen beseitigt wurden und daher die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der konjunkturellen Expansion so gut wie lange nicht mehr sind (Ziffer 256 JG).

2. Wichtige gesamtwirtschaftliche Ziele wurden 1984 erreicht:

- das Bruttosozialprodukt nahm im Jahresdurchschnitt 1984 real um gut $2\frac{1}{2}$ v. H. zu;
- der jahrelange Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte zum Stillstand gebracht werden. Trotz des Arbeitskampfes in der Druck- und Metallindustrie im Frühjahr war die Arbeitslosenzahl Ende 1984 niedriger als ein Jahr zuvor;
- Ende 1984 war ein so hoher Grad von Preisstabilität wiederhergestellt, wie er in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten fünfzehn Jahren nicht mehr verzeichnet worden war; das Verbraucherpreisniveau war zur Jahreswende nur um 2 v. H. höher als Ende 1983. Die Bundesrepublik Deutschland steht damit zusammen mit Japan in der Preisstabilisierung an der Spitze aller westlichen Industrieländer;
- die außenwirtschaftliche Position der deutschen Wirtschaft hat sich deutlich verstärkt; die erfolgreichen Exportanstrengungen unterstreichen die hohe Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten.

3. Die Chancen zu einer noch günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung waren dabei durchaus gegeben. Sie konnten vor allem wegen des Arbeitskampfes in der Druck- und Metallindustrie nicht genutzt werden. Arbeitskämpfe sind in einem demokratischen Staat und in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ein legitimes Mittel in Tarifausschlichtungen, doch muß jeweils das voraussichtliche Ergebnis mit den möglichen gesamtwirtschaftlichen Verlusten abgewogen werden. Im vergangenen Jahr schlugen nicht nur die direkten und mittelbaren Produktionsausfälle negativ zu Buche, sondern es kam auch bereits im Vorfeld zu Unsicherheiten, die in- und ausländische Kunden zeitweise zur Zurückhaltung bei Bestellungen veranlaßten. So disponierten Unternehmen und Haushalte schon vor dem tatsächlichen Beginn des Arbeitskampfes vorsichtiger. Ursprünglich beabsich-

tigte Einstellungen von Arbeitnehmern unterblieben. Einkommensausfälle führten zu erheblichen Nachfrageverlusten. Das wirtschaftliche Klima verschlechterte sich vorübergehend drastisch. Staat und Sozialversicherung erlitten Steuer- und Beitragseinbußen. Das Bruttosozialprodukt fiel aus diesen Gründen im zweiten Vierteljahr saisonbereinigt vorübergehend deutlich zurück, wodurch auch das Jahresergebnis beeinträchtigt wurde.

4. Viele Belastungen waren erfreulicherweise nicht von Dauer. So setzte sich schon unmittelbar nach Beendigung des Arbeitskampfes die wirtschaftliche Dynamik wieder durch. Das von den Tarifvertragsparteien erzielte Ergebnis wurde von vielen als vertretbarer Kompromiß angesehen. Zurückgestellte Aufträge wurden zum Teil nachgeholt, Produktionsverluste dank verstärkter Anstrengungen von Unternehmen und Arbeitnehmern häufig wieder wettgemacht. Auch nach Ausklingen dieser Sondereinflüsse setzte sich der Expansionsprozeß mit unvermindertem Tempo fort. Die Erwartungen von Investoren und Verbrauchern wurden wieder optimistischer. Dies zeigt, daß vor allem die Kraft der Wirtschaft unter dem Einfluß des von der Bundesregierung eingeleiteten marktwirtschaftlichen Erneuerungskurses gewachsen ist und unterstreicht, daß der gegenwärtige Aufschwung sich zunehmend als selbsttragend erweist.

5. Weniger günstig als in den anderen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung in der Bauwirtschaft. Dies ist auch im Zusammenhang mit früheren staatlichen Maßnahmen zu sehen, welche die Baunachfrage 1983 zunächst kräftig angeregt und wichtige Impulse für die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung gegeben haben. Erwartungsgemäß ging namentlich die Wohnungsbaunachfrage im Laufe des vergangenen Jahres deutlich zurück. Dafür konnte sich mit zunehmender Kapazitätsauslastung in der Wirtschaft die Nachfrage nach gewerblichen Bauten wieder beleben. Auch öffentliche Bauherren dürften mehr Aufträge vergeben, nicht zuletzt weil die Konsolidierung der Gemeindehaushalte zügig vorangekommen ist.

6. Zentrales Problem für die Wirtschaftspolitik der 80er Jahre bleibt die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit. Auch wenn die Chance besteht, daß die Zahl der Arbeitslosen 1985 wieder deutlich zurückgehen wird, kann hohe Arbeitslosigkeit, die über einen zehnjährigen Zeitraum hinweg entstanden ist, nicht schon kurzfristig wieder auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden. Die Bundesregierung hat darauf wiederholt hingewiesen.

Die Rückkehr auf den wirtschaftlichen Wachstumspfad hat sich inzwischen aber am Arbeitsmarkt deutlich bemerkbar gemacht:

- Seit Herbst 1984 wächst erstmals seit vier Jahren die Zahl der Beschäftigten wieder.
- Die Zahl der Kurzarbeiter ist binnen zwei Jahren auf weniger als ein Viertel zurückgegangen (von 1,1 Mio. auf 268 000 Arbeitnehmer). Dies läßt erwarten, daß Unternehmen künftig wieder verstärkt Neueinstellungen vornehmen werden.
- Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren konnte deutlich reduziert werden. Ende letzten Jahres war sie um fast ein Fünftel niedriger als im Dezember 1982.
- Herausragende, von vielen nicht für möglich gehaltene Erfolge wurden beim Lehrstellenangebot für Jugendliche erzielt. Die deutsche Wirtschaft hat bewiesen, daß sie auch ohne staatlichen Zwang ihrer Verantwortung gegenüber den Jugendlichen gerecht wird. Nachdem bereits im Ausbildungsjahr 1983 rund 696 000 Lehrstellen bereitgestellt wurden, ist dieser Rekord 1984 mit fast 727 000 nochmals erheblich übertroffen worden. Das duale System der Berufsausbildung hat sich damit auch 1984 eindrucksvoll bewährt.

Zudem ist der Arbeitsmarkt durch das Vorruhestandsgesetz, von dem derzeit etwa 250 000 ältere Arbeitnehmer erfaßt werden, sowie durch das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern, aufgrund dessen rund 250 000 Ausländer in ihre Heimat zurückgekehrt sind, entlastet worden.

7. Die Zuversicht der Bundesregierung für dieses Jahr gründet sich nicht allein auf die positive gesamtwirtschaftliche Bilanz des Jahres 1984, sondern noch stärker auf die erreichten und vom Sachverständigenrat herausgestellten Verbesserungen der internen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die Ertragssituation der Unternehmen insgesamt hat sich erheblich verbessert. Der tiefe Einbruch zu Beginn der achtziger Jahre dürfte wieder wettgemacht sein. Bei ermäßigtem Zinsniveau hat sich die Attraktivität von Sachinvestitionen gegenüber den Geldkapitalanlagen erhöht. Zugleich ist die Kapazitätsauslastung spürbar gestiegen. Sie lag Ende 1984 in der verarbeitenden Industrie um rd. 10 v.H. höher als zwei Jahre zuvor. Dies sind wichtige Voraussetzungen dafür, daß künftig in vermehrtem Umfang arbeitsplatzschaffende Investitionen getätigt werden. Nach dem Ifo-Investitionstest planen vor allem die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes für das nächste Jahr eine kräftige Steigerung ihrer Ausrüstungsinvestitionen; sie beabsichtigen dabei auch wieder vermehrt eine Ausweitung der Kapazitäten.

Entscheidende Voraussetzung für die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft auf breiter Front war und ist vor allem die Neuorientierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Eine wichtige Rolle haben dabei die sichtbaren Erfolge bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gespielt. Die Bundesregierung hat darüber hinaus im vergangenen

Jahr wichtige Schritte beschlossen, die auf eine weitere Stärkung der Marktkräfte gerichtet sind. Die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt wurde erhöht. Entbürokratisierung und Rechtsvereinfachung wurden auf den Weg gebracht. Die Privatisierung von Bundesvermögen wurde begonnen. Neue Impulse wurden für die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen gegeben. Die Bedingungen für Existenzgründungen wurden verbessert. Die indirekte Forschungsförderung wurde zu Lasten direkter Projektförderung gestärkt. Zugunsten eines besseren Umweltschutzes wurden für das Fahren abgasarmer Kraftfahrzeuge marktwirtschaftliche Anreize gesetzt.

Diese Politik hat das Vertrauen der Wirtschaft in verlässliche, solide Rahmenbedingungen gestärkt. Die positiven Erwartungen von Unternehmen und Verbrauchern unterstreichen dies.

8. Die weltwirtschaftlichen Bedingungen sind weiter günstig. Düstere Zukunftsvisionen vom Kollaps des internationalen Handels- und Finanzsystems, der vor noch nicht langer Zeit von manchen als fast unausweichlich angesehen wurde, haben sich als falsch erwiesen. Die Perspektiven für die Weltwirtschaft sind nach dem Urteil internationaler Organisationen so gut wie seit 1973 nicht mehr. In den USA scheint die Gefahr konjunktureller Überhitzung gebannt. Trotz der dort noch ungelösten Haushalts- und Leistungsbilanzprobleme könnte sich der mittlerweile erreichte Wachstumspfad als tragfähig erweisen. Das Welthandelsvolumen wird sich 1985 weiter fühlbar ausweiten. Deutsche Unternehmen dürften mit ihren intensiven Exportanstrengungen bei guter Wettbewerbsfähigkeit sogar noch Marktanteile gewinnen. Der für deutsche Produzenten günstige Sortimentseffekt, auf den der Sachverständigenrat zu Recht hinweist (Ziffer 273 JG), wird dabei zusätzliche Impulse geben. Freilich dürfen auch weltwirtschaftliche Risiken nicht übersehen werden. Sie liegen insbesondere in der in manchen Ländern wachsenden Neigung, sich internen Anpassungserfordernissen durch protektionistische Maßnahmen zu entziehen, und in der nach wie vor schwierigen, wenn auch weniger ungünstigen Finanzlage einiger Entwicklungsländer.

9. Die Politik der Bundesregierung wird dadurch erleichtert, daß sich der internationale Konsens über die Grundausrichtung der Wirtschaftspolitik zunehmend verbessert hat. Vor allem ist das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer soliden, stabilitätsorientierten Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik und auch die Bereitschaft zu marktwirtschaftlicher Strukturanpassung gewachsen. Die Bundesregierung hat jede Gelegenheit genutzt, im Rahmen internationaler Konsultationen auf die wachstums- und beschäftigungspolitischen Vorzüge einer solchen Politik hinzuweisen.

Diese Politik trägt Früchte — nicht zuletzt, weil dieses wirtschaftspolitische Konzept Erfolge bringt. Beim diesjährigen Wirtschaftsgipfel in Bonn wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß dieses Konzept bekräftigt und die internationale Zusammenarbeit weiter gestärkt wird.

II. Gesamtwirtschaftliche Eckwerte

10. Nachdem im abgelaufenen Jahr ein großer Schritt in Richtung der angestrebten günstigeren Kombination der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Zielgrößen getan worden ist, geht die Bundesregierung für 1985 davon aus, daß die erreichte Position nicht nur gehalten werden kann, sondern insbesondere bei der bisher noch unbefriedigenden Beschäftigungssituation sichtbare Fortschritte erzielt werden können. Hierfür sind von Seiten der Wirtschaftspolitik wichtige Weichen gestellt und wesentliche Rahmenbedingungen verbessert worden. In unserem Wirtschaftssystem entscheiden letztlich die Marktteilnehmer in den verschiedenen Bereichen und auf allen Ebenen, inwieweit das vom wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umfeld her Mögliche auch realisiert wird. Insbesondere an den Investoren, Verbrauchern und Tarifvertragsparteien liegt es, ob die im folgenden als tendenzielle Orientierungsgrößen genannten gesamtwirtschaftlichen Eckwerte erreicht oder gar zum Positiven hin übertroffen werden können.

Aufgrund der Ausgangslage und des derzeitigen Informationsstandes hält die Bundesregierung 1985 eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung für möglich, bei der

- das Wirtschaftswachstum im Jahresverlauf andauert und das Bruttosozialprodukt sein Vorjahresniveau im Jahresdurchschnitt erneut real um rd. 2 1/2 v. H. oder mehr überschreitet,
- die Beschäftigung wieder zunimmt und die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt auf eine Quote von unter 9 v. H. der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. unter 8 v. H. aller Erwerbspersonen abgebaut und damit erstmals seit 1979 hinter ihrem Vorjahresniveau zurückbleiben wird,
- der Anstieg der Verbraucherpreise verhalten bleibt und im Jahresdurchschnitt auf etwa 2 v. H. begrenzt werden kann, was zum letzten Mal 1969 erreicht worden ist,
- die Überschüsse im Außenhandel und bei den laufenden Transaktionen mit dem Ausland leicht zunehmen, wobei der nominale Außenbeitrag etwa 2 1/2 bis 3 v. H. und der Leistungsbilanzüberschuß etwa 1 bis 1 1/2 v. H. des Bruttosozialprodukts betragen könnten.

Diese gesamtwirtschaftlichen Eckwerte bewegen sich innerhalb der auch von anderen Stellen prognostizierten Erwartungsgrößen. Alle Prognosen gehen derzeit von einer Fortsetzung der Anfang 1983 in Gang gekommenen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung aus. Hinsichtlich der Einschätzung der Intensität bestehen allerdings Unterschiede. Dennoch ist das Spektrum der Vorausschätzungen um die Jahreswende nicht sehr breit, zumal man im Auge behalten muß, daß in der Regel etwa ein halber Prozentpunkt Abweichung bei diesen globalen Eckwerten innerhalb der als normal anzusehenden Fehler- und Toleranzmargen liegt.

Derzeit überwiegen die Anzeichen, die eher auf ein günstigeres Ergebnis hinauslaufen. Dies gilt vor allem für das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts für den Fall, daß die jetzt allgemein erwartete Investitionsbelebung im Unternehmensbereich mit einer deutlichen Verbesserung der Beschäftigungssituation einhergeht und so zu einem stärkeren Wachstum des Privaten Verbrauchs beiträgt. In diese Richtung weist die insgesamt etwas optimistischere Prognose des Sachverständigenrates, die sich ebenfalls durchaus realisieren könnte.

Die der Jahresprojektion zugrundeliegenden welt- und binnenwirtschaftlichen Annahmen und Bedingungen sind im einzelnen in der beigelegten Anlage erläutert.

11. Waren es im Vorjahr vor allem die Ausfuhren, die das gesamtwirtschaftliche Produktionswachstum stimulierten, dürften die konjunkturellen Auftriebskräfte 1985 auch von den Unternehmensinvestitionen ausgehen. Zwar werden die Ausfuhren voraussichtlich in diesem Jahr erneut einen merklichen Wachstumsbeitrag liefern, ihre Expansion könnte aber im Vergleich zur letztjährigen Dynamik eher etwas nachlassen. Freilich bestehen gerade in dieser Hinsicht — weltwirtschaftlich bedingt — erhebliche Unsicherheiten. Auch eine deutlich stärkere Ausweitung liegt daher keineswegs außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten.

Die Bedingungen für eine Expansion der Unternehmensinvestitionen waren lange nicht mehr so günstig wie zur Zeit: Nachlassender Kostendruck, vor allem von Seiten der Lohnstückkosten, erheblich verbesserte Erträge und anhaltend positive Ertragserwartungen haben im Zusammenwirken mit nachgebenden Zinsen die absolute und relative Rentabilität von Sachanlageinvestitionen erheblich gesteigert. In vielen Wirtschaftszweigen ist die Kapazitätsauslastung als Folge des vorangegangenen Produktionsanstiegs und der schwachen Investitionstätigkeit in der Vergangenheit inzwischen so weit gestiegen, daß es gute Gründe für kapazitätserweiternde Investitionen gibt. Auch der Sachverständigenrat ist der Auffassung, „daß mehr Unternehmen als in den letzten Jahren eine Erweiterung ihrer Anlagen in Angriff fassen“ (Ziffer 266 JG). Zudem sehen sich die Unternehmen zur Erhaltung ihrer Wettbewerbssituation zunehmend gezwungen, die zum Teil veralteten Anlagen dem neuesten technologischen Stand entsprechend zu modernisieren.

Nachdem sich die Möglichkeiten für mehr Investitionen inzwischen stark verbessert haben, geht die Bundesregierung davon aus, daß diese jetzt zunehmend genutzt werden. Sie betont aber auch, daß eine Verstärkung der Investitionstätigkeit nicht so sehr unter kurzfristigen konjunkturellen Gesichtspunkten gesehen werden sollte; vielmehr ist angesichts der Beschäftigungsprobleme vor allem ein dauerhaft höheres Investitionsvolumen notwendig, um das zur Zeit sehr niedrige Wachstum des Produktionspotentials von rd. 2 v. H. mittelfristig wieder nachhaltig zu steigern.

Insofern kommt es entscheidend auf rentable Investitionen an, mit denen ein größerer Produktionsausstoß bei zunehmender Beschäftigung möglich wird. Aber selbst kurzfristig könnte die erwartete Ausweitung der Investitionstätigkeit bei anhaltend günstigen Exportaussichten bereits zu mehr Beschäftigung führen.

Wegen der günstigeren Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven können auch die Ausgaben für den Privaten Verbrauch stärker als bisher expandieren. Dies stellt die konjunkturelle Erholung auf ein breiteres Fundament und erhöht somit die Chancen für eine dauerhafte Aufwärtsentwicklung. Wichtig ist, daß nicht zuletzt von produktiven öffentlichen Investitionen wieder vermehrte Impulse möglich sind. Eine Verstärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit, die vor allem dem Baubereich zugute kommt, ist unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten auch deswegen erwünscht, um ein Gegengewicht zu der sich abzeichnenden Abschwächung bei der Wohnungsbautätigkeit zu schaffen.

12. Nachdem sich die Beschäftigungsentwicklung im Verlauf des vergangenen Jahres bereits leicht zum Positiven gewendet hat, dürfte sich diese Tendenz 1985 noch verstärken. Die zu Beginn einer konjunkturellen Erholungsphase hohen Produktivitätsreserven werden mit steigender Kapazitätsauslastung geringer. Die Entwicklung des Arbeitsvolumens wird dadurch positiv beeinflusst. Dabei dürfte aufgrund der geplanten Vereinbarungen die Arbeitszeit je Beschäftigten beschleunigt abnehmen, zumal nach dem starken Abbau der Kurzarbeit die Arbeitszeitereserven niedriger sind. Entsprechend wird voraussichtlich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer verstärkt zunehmen, was angesichts des positiven Überhangs auch im Jahresdurchschnitt einen merklichen Anstieg bedeuten würde. Welche Auswirkungen dies auf die Zahl registrierter Arbeitsloser hat, hängt neben der demographischen Entwicklung unter anderem vom Ausmaß der Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer und von der Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung ab.

Durch das Zusammenwirken dieser Einflußgrößen könnte sich eine in etwa unveränderte Erwerbspersonenzahl ergeben. Erfahrungsgemäß nimmt allerdings bei steigender Beschäftigung die Erwerbsbeteiligung wieder zu, so daß es zu einer Ausweitung der Gesamtzahl der Erwerbspersonen kommen könnte. Daher geht die Bundesregierung davon aus, daß die Abnahme der Arbeitslosenzahl nicht ganz so stark wie die Zunahme der Beschäftigung ausfällt. Trotzdem wird voraussichtlich auch die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1985 merklich abgebaut werden und erstmals seit 1979 unter ihrem Vorjahresniveau bleiben. Die Voraussetzungen für einen weiteren Abbau in der Zukunft und somit für einen mittelfristig befriedigenden Beschäftigungsstand hängen unter den gegebenen Produktionsbedingungen und -strukturen in erster Linie vom erzielbaren Wirtschaftswachstum ab. Spezielle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie sie z. B. im Rahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes

oder der Vorruhestandsregelung ergriffen wurden, bedeuten hierfür eine wirksame Ergänzung.

13. Dem Ziel einer möglichst hohen Preisniveaustabilität ist die Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr abermals ein großes Stück nähergekommen. Der erreichte Grad an Preisstabilität ist — neben seinen unmittelbaren Wirkungen, den preisbedingten Kaufkraftverlust so gering wie möglich zu halten — zugleich ein Garant für anhaltendes wirtschaftliches Wachstum in der Zukunft. Den nur noch geringen Preissteigerungen und der damit weitgehend gebrochenen Inflationsmentalität ist es zuzuschreiben, daß die bisherige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung so gut wie ohne Spannungen ablaufen konnte.

Solche Spannungen bargen in der Vergangenheit vielfach den Keim für ein Umkippen der gesamtwirtschaftlichen Produktionstätigkeit in sich, wenn z. B. Finanz- und Geldpolitik wegen der in Gang gekommenen Preis-Lohn- oder Lohn-Preis-Spirale zum Gegensteuern gezwungen waren. Das Ausbleiben solcher Spannungen im bisherigen Verlauf schafft somit gute Voraussetzungen dafür, daß auch in absehbarer Zukunft solche negativen Erscheinungen vermieden werden können. Die Lohnstückkosten dürften sich allenfalls moderat beschleunigen. Unsicherheiten ergeben sich aus der bisherigen Kursverschlechterung der D-Mark, insbesondere gegenüber dem US-Dollar. Die hieraus besonders bei Rohstoffen resultierende Verteuerung muß nicht auf die Endprodukte durchschlagen, wenn die inländische Kostenentwicklung eine Kompensation erlaubt. Auch die angestrebte enge Ausweitung der Geldmenge wird weiteren Preiserhöhungen enge Grenzen setzen. Insgesamt kann — auch angesichts der sehr geringen Vorbelastung aus dem Vorjahr — davon ausgegangen werden, daß es gelingt, den Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1985 auf rd. 2 v. H. zu begrenzen.

14. Die für 1985 erwartete weitere Entwicklung des Ausfuhrvolumens spricht trotz des von Binnen- nachfrage und Ausfuhr ausgelösten Einfuhrbedarfs für eine weitere Ausdehnung des Außenhandelsüberschusses. Diese Tendenz dürfte durch die sich abzeichnende Preisentwicklung für Ausfuhr- und Einfuhrgüter nur wenig gebremst werden. Der wachsende Außenhandelsüberschuß wird wie immer zum Teil durch die traditionellen Defizite bei den sogenannten unsichtbaren Transaktionen des Dienstleistungs- und Übertragungsverkehrs mit dem Ausland gemildert. Die Bilanz der laufenden Transaktionen mit dem Ausland, die Leistungsbilanz, dürfte sich dennoch weiter aktivieren.

Wenn in der Jahresprojektion davon ausgegangen wird, daß der nominale Außenbeitrag $+2\frac{1}{2}$ bis $+3$ v. H. und der Leistungsbilanzüberschuß 1 bis $1\frac{1}{2}$ v. H. des nominalen Sozialprodukts betragen könnte, dann bedeutet dies keineswegs, daß die Bundesregierung auf Dauer solche oder gar noch zunehmende Überschüsse anstrebt. Diese Überschüsse stellen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht steigende Forderungen gegenüber dem Ausland

dar, die in Zukunft in Form realer Güter-, Dienstleistungs- und Übertragungsströme zu begleichen sind. Die bestehenden Überschüsse in vielen Ländern sind nichts anderes als das Gegenstück zu den Defiziten anderer Länder, insbesondere der USA.

Mit einer ruhigeren US-Konjunktur und einer Verstärkung oder Beschleunigung der Inlandsnachfrage dürften sich die zur Zeit ergebenden Leistungsbilanzungleichgewichte auf längere Sicht wieder ausgleichen.

B. Soziale Marktwirtschaft In der Bewährung

1. Politik für mehr Arbeitsplätze

1. Mehr Wachstumsdynamik

15. Die Bundesregierung hat ihren mittelfristig angelegten wirtschaftspolitischen Kurs in ihren Jahreswirtschaftsberichten 1983 und 1984 eingehend dargelegt. Auf der Grundlage einer an Stabilität und Solidität orientierten marktwirtschaftlichen Politik sieht sie eine vordringliche Aufgabe darin, Leistungsbereitschaft und Leistungswillen des einzelnen zu fördern, Eigeninitiative und Risikobereitschaft zu wecken, Anpassung und Flexibilität zu stärken, private Leistung wieder lohnender zu machen und so die Voraussetzungen für ein stärkeres Wachstum und mittelfristig die Lösung der drängenden Arbeitsmarktprobleme zu schaffen.

Vertrauen und Zuversicht haben zugenommen. Die Politik der Bundesregierung ermutigt die Bürger, stärker auf die eigene Kraft zu setzen. Die Wirtschaft der Bundesrepublik hat wieder eine gesunde Basis gewonnen. Die deutschen Unternehmen insgesamt sind international wettbewerbsfähig. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität hat in den letzten Monaten sichtlich zugenommen. Dies alles vollzieht sich vor dem Hintergrund weitgehend stabiler Preise, sinkender Kapitalmarktzinsen, verbesserter Unternehmenserträge, gedrosselter öffentlicher Ausgaben und einer günstigen außenwirtschaftlichen Bilanz. Auch am Arbeitsmarkt deutet sich eine Trendwende an. Die jahrelange Zunahme der Arbeitslosigkeit konnte zum Stillstand gebracht werden.

Der wirtschaftspolitische Kurs stimmt. Die gesamtwirtschaftliche Expansion gewinnt an Breite und Dynamik.

Mehr Arbeitsplätze über verstärktes Wirtschaftswachstum

16. Die zentrale Aufgabe ist es, bei zunächst noch wachsender Erwerbsbevölkerung nicht nur neue Arbeitsplätze für diejenigen zu schaffen, die zur Zeit keine Arbeit haben, sondern auch für die neu ins Erwerbsleben Eintretenden. Dazu ist eine längere Phase verstärkten Wachstums auf stabiler Grundlage erforderlich. Mit kurzfristig wirkenden staatlichen Beschäftigungsprogrammen ist dem fundamentalen Problem der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen.

Die Voraussetzungen für einen länger anhaltenden Wachstumsprozeß ohne Übersteigerungen sind gegeben. Gestützt auf eine sehr günstige Entwicklung der Ausfuhr und eine sich zunehmend belebende Investitionsnachfrage kann davon ausgegangen werden, daß der Prozeß stetiger Wachstumsverbesserung nicht so schnell wieder abreißen dürfte. Mit sich fortsetzendem Aufschwung werden auch die

Chancen für die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte deutlich steigen. Kurzarbeit wurde in den meisten Bereichen bereits abgebaut. Vorhandene Kapazitätsreserven werden weiter ausgeschöpft. Der Bedarf an Erweiterungsinvestitionen zur Beseitigung von Produktionsengpässen wird größer. Neue Felder wirtschaftlicher Betätigung entstehen. Dies schafft zusätzliche Beschäftigung und damit auch mehr Einkommen, die sich wiederum in steigende Nachfrage umsetzen.

Wachstum und technischer Fortschritt sind erforderlich, um den erreichten Wohlstand zu sichern, die sozialen Aufgaben zu erfüllen und der hohen Arbeitslosigkeit wirksam zu begegnen. Dazu ist die Mitwirkung jedes einzelnen notwendig. Die Rolle des Staates ist es dabei, wirtschaftliche Dynamik dadurch zu erleichtern, daß Behinderungen beseitigt und die Spielräume für private Aktivitäten freigehalten und erweitert werden. Ohne wirtschaftliches Wachstum lassen sich die Beschäftigungsprobleme, darauf weist auch der Sachverständigenrat seit Jahren hin, nicht lösen.

17. Die anhaltende Arbeitslosigkeit bestärkt viele in dem Glauben, die künftigen Wachstumsmöglichkeiten seien eng begrenzt und die mit dem technischen Fortschritt verbundene Rationalisierung ließe nicht genügend Raum für ausreichende Beschäftigung. Derartige Befürchtungen basieren auf der falschen Annahme, daß es sich bei Wachstum und Produktivität um voneinander unabhängige Größen handelt. Richtig indes ist: Wirtschaftswachstum ist das Ergebnis von Beschäftigungsentwicklung und Produktivitätsfortschritt. Deshalb bedeutet hoher Produktivitätsfortschritt bei adäquaten Rahmenbedingungen auch nicht mehr Arbeitslosigkeit, sondern mehr Wachstum, mehr Wohlstand und Beschäftigung (vgl. auch Ziffern 300 ff. JG).

Niemand wird den oft als Ursache für künftig zu geringe Beschäftigungsmöglichkeiten angeführten Tatbestand von Grenzen des Wachstums ernsthaft leugnen. Dabei ist freilich offen, wie dauerhaft und stringent solche Grenzen sind und wie sehr Änderungen von Verhaltensweisen in Wirtschaft und Gesellschaft dazu beitragen können, sie weiter hinauszuschieben. Für die Beschäftigung von Bedeutung ist, daß solche Grenzen das Wirtschaftswachstum nicht unabhängig von der Produktivitätsentwicklung bestimmen. Eine Schere zwischen Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum mit der Folge zunehmender Arbeitslosigkeit eröffnet sich damit nicht notwendigerweise. Dies steht im Einklang mit der Erkenntnis, daß sich der Produktivitätsanstieg in allen bedeutenden Industrieländern in der Vergangenheit stark verlangsamt hat, und der Erfahrung, daß Mangel nur durch mehr Arbeit überwunden werden kann.

18. Eine Rückkehr zu den hohen Wachstumsraten der 50er und 60er Jahre ist keineswegs unabdingbar, um die Beschäftigung künftig wieder deutlich zu vergrößern. Andererseits ist eine grundlegende Besserung der Arbeitsmarktsituation um so früher zu erwarten, als es gelingt, eine größere wirtschaftliche Dynamik ohne Gefährdung der Stabilität zu ermöglichen.

Eine größere Wachstumsdynamik und der unverzichtbare Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen stehen dabei keineswegs im Gegensatz zueinander. Richtige umweltpolitische Rahmenbedingungen und das Ziel, die Beschäftigung wieder zu erhöhen, sind miteinander vereinbar, wenn anerkannt wird, daß Umweltschutz seinen Preis hat. Die Bundesregierung hat deshalb die marktwirtschaftliche Gestaltung der Umweltpolitik in diesem Jahreswirtschaftsbericht zu einem Schwerpunkt gemacht (vgl. Ziffern 59 ff.).

Für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung gilt es, das vorhandene große Potential an Schaffenskraft und Leistungsbereitschaft bei Arbeitnehmern, Unternehmern und freien Berufen wieder voll auszuschöpfen. Dies erfordert eine konsequente Fortentwicklung der Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung, gute gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Fortführung der strukturellen Anpassung und ein günstiges Innovationsklima zur Erschließung neuer Wachstumsfelder durch wettbewerbsfähige Unternehmen.

Verstärktes Wachstum über mehr Investitionen

19. Eine Wirtschaftspolitik, die ihre vordringlichste Aufgabe darin sieht, die hohe Arbeitslosigkeit durch mehr Wachstumsdynamik zu bekämpfen, muß vor allem die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Wirtschaft wieder mehr investiert. Viele Arbeitsplätze sind als Folge der ausgeprägten Investitionsschwäche in den 70er Jahren und in der Rezession 1980/82 verlorengegangen. Im Jahre 1982 lagen die Nettoinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft um rund ein Viertel unter dem Stand von Anfang der 70er Jahre. Diese Investitionsschwäche hat dazu geführt, daß sich die Altersstruktur des in den Unternehmen arbeitenden Produktivkapitals erheblich verschlechterte und damit auch künftige Beschäftigungsmöglichkeiten gemindert wurden.

Die Ursachen für diese Investitionsschwäche sind vielschichtig und reichen bis in die frühen 70er Jahre zurück. Vor allem der Verfall der Unternehmenserträge, der Umsatz- und Eigenkapitalrenditen sowie der Eigenkapitalbildung waren hier von Bedeutung. Neben einem überproportionalen Anstieg der Lohn- und der Lohnnebenkosten war es auch die steigende Abgabenbelastung, die bei den Unternehmen zu einer Substanzauszehrung beitrug.

20. Die Bundesregierung hat der Wirtschaft Vertrauen und Zuversicht in eine verlässliche Politik marktwirtschaftlicher Erneuerung zurückgegeben. Die bisher erreichten Erfolge bei der Konsolidie-

rung der Staatsfinanzen haben den Finanzierungsspielraum für mehr private Investitionen vergrößert und über niedrigere Zinsen bessere Voraussetzungen für Investitionsentscheidungen geschaffen. Die Stabilisierung der Preise ist gelungen. Die Unternehmenserträge haben sich auch aufgrund moderater Lohnabschlüsse spürbar gebessert. Die kräftige Belebung der Investitionsnachfrage zeigt, daß inzwischen wieder eine Entwicklung in Gang gekommen ist, die zur Modernisierung und stärkeren Ausweitung des Produktionspotentials führen wird. Die Unternehmen haben in weiten Bereichen ihre Investitionsplanungen nach oben korrigiert. Einkommenspolitische Vernunft zahlt sich aus.

Mehr Investitionen über bessere Finanzierungsbedingungen

21. Der Investitionsbedarf der deutschen Wirtschaft ist groß. Dabei sind es vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, denen sich ein umfangreiches Betätigungsfeld bietet, weil sie besonders innovativ und flexibel auf neue Bedingungen reagieren. Damit das derzeit günstige Investitionsklima erhalten bleibt und die vorhandenen Investitionschancen zunehmend auch genutzt werden, sind günstige gesamtwirtschaftliche Perspektiven erforderlich.

Ohne ausreichende Absatzerwartungen wird niemand das Risiko zu investieren eingehen. Wichtig ist, daß die Kostenentwicklung eine rentable Produktion erlaubt und einen genügend hohen Gewinnanreiz beläßt; denn Investieren bedeutet, unter Inkaufnahme von Risiken heute auf alternative Verwendungen von Einkommen zu verzichten, um später höhere Einkommen erzielen zu können; investiert wird nur, wenn eine entsprechende Rendite erwartet werden kann und ausreichend Mittel zur Finanzierung zusätzlicher produktiver Investitionen zur Verfügung stehen. Schließlich ist gerade in einer wettbewerbsintensiven Wirtschaft der Anreiz für neue Innovationen und Investitionen besonders hoch.

Die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven für die Investitionen sind günstig. Die Risiken aus dem Bereich der Weltwirtschaft sind kleiner geworden. Die negativen Wirkungen, die vom Abbau der öffentlichen Defizite befürchtet wurden, sind nicht eingetreten. Im Gegenteil, die Politik der Haushaltskonsolidierung hat positiv gewirkt und Vertrauen geweckt. Niedrigere Zinsen und geringere Inanspruchnahme der Kapitalmärkte durch die öffentlichen Hände haben günstigere Finanzierungsbedingungen und mehr Finanzierungsspielraum für Investitionen geschaffen. Diese Perspektiven gilt es zu erhalten. Die Stetigkeit, die Stimmigkeit und die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

2. Weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen

22. Die Bundesregierung hat mit ihrer Politik einer marktwirtschaftlichen Erneuerung und der Herbeiführung besserer gesamtwirtschaftlicher

Rahmenbedingungen gute Voraussetzungen für eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses geschaffen. Sie sieht diese Aufgabe noch nicht als abgeschlossen an. Weitere Schritte müssen folgen, um Risikoübernahme und Leistung wieder lohnender zu machen, den staatlichen Einfluß zurückzudrängen und die gesamtwirtschaftlichen Aufschwungskräfte zu stärken. Das langfristige Konzept der Bundesregierung gründet auf Stetigkeit und Verlässlichkeit, auf Stabilität und Solidität sowie auf Stärkung des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens. Wichtige Bestandteile in diesem Konzept sind auch die Außenwirtschaftspolitik (siehe B.II.) sowie die Wettbewerbs- und Strukturpolitik (siehe B.III.), weil sie ein Offenhalten der Märkte nach außen wie nach innen unterstützen und damit die wachstums- und beschäftigungsnotwendige innovative Anpassung der Wirtschaft fördern. Insgesamt können wirtschaftliche Effizienz und sozialer Fortschritt so am besten gesichert werden.

Fortführung solider Haushaltspolitik

23. Die Rückkehr zu gesunden Staatsfinanzen ist für die Bundesregierung ein wichtiger Beitrag zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung. 1984 hat die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erneut spürbare Fortschritte gemacht. Mit dem Bundeshaushalt 1985 wird der wirtschafts- und finanzpolitische Weg der Solidität entschlossen fortgesetzt.

Der Sachverständigenrat bewertet den finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung als uneingeschränkt richtig, ja sogar als „unausweichlich“ (Ziffer 288 JG). Er kommt erneut zu dem Ergebnis, daß die Konsolidierungsstrategie der Bundesregierung die wirtschaftliche Erholung nicht behindert, sondern eher gefördert hat (Ziffern 289 und 346 JG).

In Übereinstimmung mit dem Finanzplanungsrat sieht die Bundesregierung die Konsolidierungsaufgabe noch nicht als erfüllt an. Die jährliche Neuverschuldung muß weiter zurückgeführt werden, wenn das neue Vertrauen in der Wirtschaft gefestigt und der Anteil des Staates am Sozialprodukt auf ein wachstums- und beschäftigungspolitisch vertretbares Maß verringert werden sollen.

24. Die Haushaltspolitik konzentriert sich dabei vorrangig auf folgende Aufgaben:

- a) Die Politik strenger Ausgabendisziplin wird konsequent fortgesetzt. Sie sichert die Haushaltskonsolidierung und sorgt für das notwendige Vertrauensklima in der Wirtschaft, sie entlastet die Kreditmärkte und verbessert die Voraussetzungen für niedrigere Zinsen, sie ermöglicht den weiteren Abbau der Staatsquote bis Ende 1985 auf unter 48 v. H. und vergrößert damit den Spielraum für marktwirtschaftliche Entscheidungen.
- b) Der Anstieg der Staatsausgaben wird auch mittelfristig eindeutig unterhalb des erwarteten nominalen Anstiegs des Bruttosozialprodukts gehalten. Bund, Länder und Gemeinden sind des-

halb im Finanzplanungsrat übereingekommen, bei der Aufstellung der Finanzpläne bis 1988 das jährliche Wachstum der Ausgaben auf 3 v. H. zu begrenzen. Dann könnte es auch möglich sein, die Staatsquote bis Ende 1988 auf etwa 45 v. H. zu senken. Eine — gemessen am nominalen Anstieg des Bruttosozialprodukts — mittelfristig unterproportionale Entwicklung der Staatsausgaben entspricht ebenfalls den Forderungen des Sachverständigenrates (Ziffer 336 JG). Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur dauerhaften Eindämmung der immer noch wachsenden Zinsausgaben in den öffentlichen Haushalten insgesamt und verbessert die Dispositionsgrundlagen der Investoren, indem sie der Furcht vor einem Rückfall in die Schuldenwirtschaft die Grundlage entzieht.

- c) Die Konsolidierungspolitik ist konsequent fortzuführen. Dabei sind auch weitere Fortschritte bei der notwendigen Umschichtung der Ausgaben in Richtung auf mehr Wachstum und Beschäftigung geboten. Der Finanzplanungsrat erwartet für 1985 insbesondere einen Wiederanstieg der gemeindlichen Investitionen. Die Konsolidierungserfolge sollten die Gemeinden veranlassen, die Investitionen kräftiger als bisher auszuweiten. Die Bundesregierung hält es für notwendig, im öffentlichen Bereich die produktivitätsfördernden Investitionen zu stärken; das gilt vor allem für die Länder und Gemeinden. Denn durch produktivitätsfördernde Investitionen leistet der Staat einen wichtigen Beitrag zu verbesserten Rahmenbedingungen für die private Investitionstätigkeit.
- d) Im Abbau und der laufenden Kontrolle der Subventionsgewährung sieht die Bundesregierung eine Daueraufgabe. Vor allem strukturerhaltende Subventionen werfen — von der Bindung umfangreicher Finanzmittel ganz abgesehen — erhebliche Probleme auf. Sie können Wettbewerb, Leistungsbereitschaft und Produktivitätsfortschritt beeinträchtigen, die Risikoverteilung verändern, die Fehlleitung von Arbeit und Kapital fördern und den Strukturwandel hemmen. Die Bundesregierung wird deshalb die Subventionspraxis immer wieder einer kritischen Überprüfung unterziehen und hierzu zu gegebener Zeit konkrete Vorschläge machen, auch wenn eine Reduzierung von Subventionen oder auch nur ihre Befristung oder degressive Ausgestaltung auf vielseitige Widerstände stoßen.

Subventionen dürfen allerdings nicht alle über einen Kamm geschoren werden. Der Einsatz staatlicher Mittel ist in einigen Bereichen konkreter Ausdruck des politisch Gewollten oder sogar des verfassungsrechtlich Gebotenen. So begründete Subventionen entziehen sich den Forderungen nach gänzlichem Abbau. Um so wichtiger ist es, in den übrigen Subventionsbereichen die Grundsätze von Subventionsabbau und -eindämmung durch degressive Ausgestaltung und zeitliche Befristung konsequent zu befolgen.

25. Die Bundesregierung begrüßt die Ausführungen des Sachverständigenrates über finanzpolitische Strategien und Optionen zur langfristigen Sicherung von mehr Wachstum und Beschäftigung (Ziffern 439 ff. JG). Die aufgezeigten Alternativen enthalten wichtige Anregungen für die Konzipierung des künftigen Kurses der Haushalts- und Steuerpolitik. Beim derzeitigen Stand der Haushaltskonsolidierung stehen für die Bundesregierung die Rückführung der Staatsquote und der Kreditfinanzierungsquote — bei voller Verwirklichung der für 1986 und 1988 von ihr beschlossenen Einkommensteuerentlastung — im Vordergrund. Erst eine Fortführung der Konsolidierungspolitik mit weiteren deutlichen und nachhaltigen Erfolgen bei der Gesundung der öffentlichen Finanzen wird Spielraum für zusätzliche steuerliche Entlastungsschritte schaffen. Die Bundesregierung ist mit dem Sachverständigenrat der Meinung, daß es dann in erster Linie darauf ankommen wird, den Anstieg und die Höhe der Grenzsteuersätze erneut deutlich zu senken sowie das Steuersystem investitions- und wachstumsfreundlicher umzugestalten (Ziffer 482 JG).

Wachstumsorientierte Steuerpolitik

26. Nach den steuerlichen Maßnahmen des Dringlichkeitsprogramms vom Herbst 1982 und dem Steuerentlastungsgesetz 1984 hat die Bundesregierung als dritte Stufe ihrer wachstumsorientierten Steuerpolitik im Bundesrat und Bundestag den Entwurf eines Steuersenkungsgesetzes („Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie“) eingebracht. Danach werden die Steuerzahler durch Erhöhung der Kinderfreibeträge, Anhebung des Grundfreibetrages und Abflachung des Steuertarifs in zwei Schritten — 1986 und 1988 — deutlich entlastet.

Die Entlastungsmaßnahmen zielen vor allem auf eine deutliche Absenkung der steuerlichen Grenzbelastung ab; das Schwergewicht liegt auf einer Abflachung der Progression im mittleren Einkommensbereich. Die Neugestaltung des Einkommenssteuertarifs ist zugleich ein wichtiger Schritt zu dem langfristigen Ziel eines Tarifs mit einem gleichmäßigen und sanften Anstieg der Grenzsteuersätze („linear progressiver Tarif“); im Hinblick auf diesen Tarif wird die Grenzsteuersatzkurve deshalb über den gesamten Einkommensbereich der Progressionszone abgesenkt. Durch die Steuerentlastung wird das Steuersystem insgesamt leistungs- und familienfreundlicher gestaltet sowie weiten Teilen insbesondere der mittelständischen Wirtschaft mehr Spielraum für Investitionen gegeben und dadurch zu einem länger anhaltenden Wachstumsprozeß beigetragen.

Mit den Vorschlägen der Bundesregierung ist der Rahmen für Steuersenkungen in dieser Legislaturperiode im wesentlichen ausgeschöpft.

Der Sachverständigenrat hält diese Steuerentlastung ebenfalls beschäftigungspolitisch für besonders wichtig. Nach seiner Auffassung ist die Verbesserung der Wachstumsbedingungen eine wirt-

schaftspolitische Daueraufgabe (Ziffern 445 ff. JG). Die Bundesregierung teilt diese Auffassung. Deshalb wird sie bei entsprechender weiterer Gesundung der Staatsfinanzen in der kommenden Legislaturperiode die Frage der Unternehmensbesteuerung neu aufgreifen. Auch bei der Lohn- und Einkommensteuer strebt sie für die weitere Zukunft zusätzliche Entlastungen an, weil Leistungsbereitschaft, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit ständig gestärkt werden müssen.

Im Zusammenhang mit einer wachstumsorientierten Umschichtung des Steuersystems ist auch der Abbau steuerlicher Vergünstigungen anzustreben.

27. Gemäß ihrer Ankündigung im Jahreswirtschaftsbericht 1983 hat die Bundesregierung im Frühsommer 1984 in der Wohnungsbaupolitik Leitlinien für die steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums festgesetzt. Sie wird in Kürze einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, der für Bauherren und für Erwerber von selbstgenutztem Wohneigentum die steuerliche Grundförderung einschließlich der kinderabhängigen Förderkomponente verbessert und eine gleichmäßige Besteuerung aller Formen selbstgenutzten Wohneigentums vorsieht.

Stärkung der Eigenkapitalbasis

28. Der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen kommt für die Stärkung ihrer Investitionskraft große Bedeutung zu, denn Investitionen, vor allem risikoreiche, setzen eine ausreichende Eigenkapitalausstattung voraus.

Zur weiteren Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen beabsichtigt die Bundesregierung eine gesetzliche Rahmenregelung für Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, durch die indirekte Beteiligungen an mittelständischen Unternehmen erleichtert werden sollen. Dieses Gesetz wird ein Angebot an die Wirtschaft zur Herstellung eines chancengleichen Wettbewerbs bei der Beschaffung von Eigenkapital für kleine und mittlere Unternehmen sein. Die Bundesregierung erwartet, daß sich durch dieses Angebot für ein breiteres risikofreudiges Anlegerpublikum attraktive Möglichkeiten der Kapitalanlage bieten, durch die zusätzliches Eigenkapital für die mittelständische Wirtschaft mobilisiert werden kann. Aus dem gleichen Grund wird die Bundesregierung die Beteiligungsmöglichkeiten von Kapitalanlagegesellschaften an kleinen Aktiengesellschaften erweitern und sich dafür einsetzen, daß die heute schon gesetzlich gegebene Möglichkeit für den Erwerb von GmbH-Anteilen durch Versicherungsunternehmen stärker genutzt werden kann.

Die Bundesregierung beabsichtigt weiterhin, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Wirtschaftskreisen die Zugangsvoraussetzungen gerade für kleine und mittlere Unternehmen zum Börsenmarkt zu erleichtern. Die damit zusammenhängenden Fragen werden derzeit eingehend geprüft. Nach Schaffung der EG-rechtlichen Voraussetzungen wird die Bundesregierung die erforderlichen Schritte für eine

Abschaffung der Gesellschafts- und der Börsenumsatzsteuer einleiten. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens hängt von den Fortschritten bei der Haushaltskonsolidierung ab.

Über spezielle Fördermaßnahmen für Existenzgründungen hinaus hält die Bundesregierung neue Subventionen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen nicht für erforderlich. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung grundsätzlich Aufgabe der Unternehmen selbst. Staatliches Handeln darf die Entscheidungen der Wirtschaft weder lenken noch ersetzen wollen. Dem Staat fällt die Aufgabe zu, die unternehmerische Entscheidungsfreiheit zu sichern und Bedingungen zu schaffen, die die eigenverantwortliche Entwicklung der Unternehmen nicht behindern oder stören.

Weitere Privatisierung von Bundesunternehmen.

29. Die Bundesregierung tritt dafür ein, Beteiligungsvermögen dort zu verringern, wo dies ohne Beeinträchtigung staatlicher Belange möglich ist. Dabei wird sie sich von dem Grundsatz leiten lassen, daß die Beweislast für die gesamtwirtschaftliche Notwendigkeit staatlicher Unternehmertätigkeit bei denen liegt, die ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Beibehaltung staatlicher Beteiligungen sehen. Das gilt im wesentlichen auch für öffentliche Dienstleistungen.

Der Rückzug aus wirtschaftlicher Betätigung dort, wo staatliche Präsenz nicht mehr geboten ist, führt tendenziell zu besseren Wettbewerbsbedingungen zwischen den privaten Unternehmen und zu dynamischeren Marktstrukturen. Ein staatliches Unternehmen, das besondere Ziele verfolgen soll und gegebenenfalls auf Mittel des Staates als Eigner zurückgreifen kann, verfälscht unter Umständen den Wettbewerb. Die Steigerung der marktwirtschaftlichen Effizienz durch Privatisierung erweitert nicht nur unternehmerische Freiräume, sie fördert auch Wachstum und Wohlstand und sichert so Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen Unternehmen.

Selbst dort, wo der mehrheitliche Einfluß des Bundes infolge eines wichtigen Interesses dauerhaft aufrechterhalten bleiben muß, können Eigentumsstrukturen aufgelockert werden. Die Vorstände werden dadurch zu mehr privatwirtschaftlicher Orientierung angeregt, in die Kapitalmärkte wird zusätzliche Bewegung gebracht.

Nach der erfolgreichen weiteren Teilprivatisierung der VEBA erarbeitet die Bundesregierung ein Gesamtkonzept, das über die Konkretisierung der Privatisierungspolitik und Grundsätze der Beteiligungsführung hinaus in einem ersten Schritt weitere Verringerungen von Bundesbeteiligungen in dieser Legislaturperiode vorsieht.

Abbau bürokratischer Regelungen

30. Ein wesentliches Element der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Neuorientierung bleibt der Abbau überzogener staatlicher Gebote und Verbote.

Mit dieser Deregulierung und Entbürokratisierung sollen die Bedingungen für mehr individuelle Freiheit, für selbstverantwortliches Handeln und damit auch für größere Flexibilität und mehr Wettbewerb verbessert werden. Die Erfahrung zeigt, daß ein marktgerechter Abbau staatlicher Vorschriften vielfach allgemein begrüßt wird, es aber im konkreten Fall zu Widerständen kommt, wenn eigene Interessen berührt zu sein scheinen.

Die Bundesregierung sieht Deregulierung als Daueraufgabe an. Entsprechend dem Kabinettsbeschuß vom 11. Dezember 1984 sollen neue Regelungen künftig strenger auf Notwendigkeit, Wirksamkeit und Verständlichkeit überprüft werden.

Durch das ebenfalls am 11. Dezember 1984 beschlossene Rechtsbereinigungsgesetz sowie durch mehrere andere Gesetze und Verordnungen werden zahlreiche Vorschriften ersatzlos gestrichen. Dadurch werden Zehntausende von Verwaltungsakten überflüssig. Die Durchforstung im Bereich des Sozial-, Wirtschafts-, Steuer- und Baurechts sowie der Statistik wird weiter vorangetrieben. Die unabhängige Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung unterstützt diese Arbeiten.

Bei allen Entscheidungen wird die Bundesregierung die Vorteile und Nachteile aus gesamtwirtschaftlicher Sicht abwägen. In besonders gelagerten Fällen kann eine Entscheidung auch durch zeitlich befristetes Experimentieren erleichtert werden.

Die Bundesregierung fordert alle Betroffenen dazu auf, überflüssige Vorschriften aufzuspüren und zu benennen. Verstärkte Aufmerksamkeit wird die Bundesregierung auch der Rechtssetzung durch die Europäische Gemeinschaft widmen. Dabei geht es vor allem um die frühzeitige Prüfung von EG-Regelungen auf Notwendigkeit, überflüssigen Perfektionismus und deren Auswirkungen im Inland.

Geldpolitik für Stabilität und Wachstum

31. Die Deutsche Bundesbank hält als Geldmengenziel für 1985 eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1984 bis zum vierten Quartal 1985 von 3 bis 5 v. H. für angemessen. Damit soll bei Fortsetzung des geldpolitischen Kurses die weitgehend erreichte Stabilität des Geldwertes gesichert und ein kräftiges reales Wirtschaftswachstum ermöglicht werden.

Die Bundesregierung betrachtet dieses Geldmengenziel als eine gute Grundlage zur Wahrung der erreichten Stabilisierungserfolge und für ein anhaltendes Wachstum der Wirtschaft. Sie geht davon aus, daß die Bundesbank an ihrem bisherigen Kurs einer potentialorientierten Geldmengenausweitung festhält und damit den monetären Erfordernissen des weiteren wirtschaftlichen Aufschwungs Rechnung trägt.

Verantwortungsbewußte Lohnpolitik

32. In der Fortsetzung einer maßvollen Tarifpolitik sieht die Bundesregierung — ebenso wie der

Sachverständigenrat — den wesentlichen Beitrag der Tarifvertragsparteien zu einer wirksamen Beschäftigungspolitik. Auch in den kommenden Jahren sollten moderate Nominallohnabschlüsse dazu beitragen, daß der Reallohnanstieg den von der Produktivitätsentwicklung bestimmten Verteilungsspielraum nicht voll ausschöpft, so daß mehr Beschäftigung rentabel wird. Das Beispiel des vergangenen Jahres zeigt, daß mäßiger Nominallohnanstieg nicht Verzicht auf Reallohnsteigerung und Dämpfung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage bedeuten muß. Die Lohnpolitik darf auch nicht durch eine gegenläufige Entwicklung der Lohnnebenkosten konterkariert werden. Dies gilt insbesondere auch für die Beiträge zur Sozialversicherung. Die alarmierende Ausgabenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung steht in keiner Weise im Einklang mit dem auch beschäftigungspolitisch wichtigen Ziel der Beitragsatzstabilität. Im Interesse aller Beteiligten muß deshalb die Aufgabe der Kostendämpfung im Gesundheitswesen weiterhin hohe Priorität haben. Entsprechende Anstrengungen müssen ebenso für alle anderen die Höhe der Lohnnebenkosten bestimmenden Bereiche gelten, namentlich auch die Entscheidungen der Tarifvertragsparteien.

Die Bundesregierung stimmt mit dem Rat überein, daß eine stärkere Differenzierung der Löhne nach Sektoren, Qualifikationen und Regionen arbeitsmarktpolitisch geboten ist (vgl. Ziffer 376 JG). Dabei geht es einmal darum, die Erhaltung bedrohter Arbeitsplätze durch Kostensenkungen zu erleichtern. Zum anderen sollen solche Lohndifferenzierungen einen stärkeren Anreiz zur beruflichen Qualifikation durch den Erwerb zusätzlicher, am Arbeitsmarkt nachgefragter Kenntnisse und Fertigkeiten geben, der aus beschäftigungspolitischer wie gesamtwirtschaftlicher Sicht notwendig ist.

33. In der Arbeitszeitfrage wird es darauf ankommen, die vereinbarte Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit sinnvoll in die betriebliche Praxis umzusetzen. Die Bundesregierung sieht mit dem Sachverständigenrat darin eine Möglichkeit, die Kosten der Arbeitszeitverkürzung für die Unternehmen zu begrenzen, den Produktivitätsspielraum zu vergrößern und die betrieblichen Erfordernisse mit den Wünschen vieler Arbeitnehmer besser in Übereinstimmung zu bringen. Sie ist der Auffassung, daß längerandauernde Überstundenarbeit zugunsten von Neueinstellungen hintangestellt werden sollte und begrüßt daher den gemeinsamen Aufruf der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Arbeitszeit, Mehrarbeit und Beschäftigung“ vom 14. Dezember 1984 an die Unternehmen.

Weiterer Ausbau der Vermögensbildung

34. Eine Erweiterung des tarifpolitischen Handlungsspielraums liegt auch darin, daß die Bundesregierung beabsichtigt, eine weitere vermögenspolitische Initiative zu ergreifen. Es soll dabei die indirekte außerbetriebliche Kapitalbeteiligung gerade von Arbeitnehmern an nichtemissionsfähigen Un-

ternehmen erleichtert werden. Das Unternehmensbeteiligungsgesetz, das in Kürze vorgelegt wird, leistet hierzu einen ersten Beitrag.

Die Bundesregierung verbessert damit die Voraussetzungen für eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Es ist Aufgabe der autonomen Partner, von den vermögenspolitischen Möglichkeiten intensiver als bisher Gebrauch zu machen.

Die Bundesregierung ist bestrebt, darüber hinaus noch andere Formen einer überbetrieblichen Beteiligung für eine Begünstigung vorzusehen.

Beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik

35. Die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung wird durch ein umfassendes arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium ergänzt. Einerseits geht es darum, die Flexibilität am Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit der Arbeitnehmer an die schnellen und tiefgreifenden strukturellen Veränderungen der Volkswirtschaft zu verbessern, andererseits soll der Arbeitsmarkt auch durch gezielte Maßnahmen entlastet werden.

Mit dem Einsatz der spezifischen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes werden die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes verbessert und besondere Hilfen für Problemgruppen des Arbeitsmarktes vorgesehen, die unter den derzeitigen Bedingungen schwer vermittelbar sind. Im Vordergrund stehen die Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung, denn berufliche Qualifikation ist nach wie vor der beste individuelle Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Aber auch die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung sollen vor allem der Wiedereingliederung schwer vermittelbarer Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt dienen. Zugleich tragen sie direkt zur Verbesserung der Beschäftigungslage dieser Zielgruppen bei.

Durch Ausbildung, Fortbildung und Umschulung wird die berufliche Anpassungsfähigkeit an veränderte Anforderungen aufrechterhalten und gefördert. Die Chancen für beruflichen Aufstieg durch Umqualifizierung oder berufliche Neuorientierung werden damit verbessert.

Welche Bedeutung die Bundesregierung der Arbeitsmarktpolitik beimißt, beweist die gestiegene Zahl der von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Teilnehmer in beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren. Die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hat sich seit 1982 fast verdreifacht.

36. Der Sachverständigenrat hebt in seinem Jahresgutachten die Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit einschließlich Lehrstellenmangel heraus. Die Bundesregierung stimmt der Einschätzung zu, daß diese beiden Zielgruppen — ebenso wie Nicht-Qualifizierte, ältere Arbeitslose und Ausländer — besondere Aufmerk-

samkeit erfordern. Sie hält daher den offensiven Einsatz und die beschlossene Stärkung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums für besonders wichtig. Von großer Bedeutung ist es, den Übergang vom Ausbildungs- ins Beschäftigungssystem zu erleichtern. Dabei können beschäftigungswirksame lokale Initiativen hilfreich sein.

Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt

37. Mit dem Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand (Vorruhestandsgesetz) hat der Staat den Tarifvertragsparteien in einer aus demographischen Gründen schwierigen Übergangszeit ein zeitlich befristetes Angebot zur Förderung von Vorruhestandsleistungen unterbreitet. Die Tarifvertragsparteien haben in mehreren großen Tarifbereichen das Gesetz positiv aufgenommen und zur Grundlage für Vereinbarungen über Vorruhestandsregelungen gemacht (vgl. Ziffer 15 der Anlage zu diesem Bericht).

Um eine größere Flexibilität und Dynamik am Arbeitsmarkt zu erreichen und um die Beschäftigungsmöglichkeiten von Arbeitslosen zu verbessern, hat die Bundesregierung mehrere Gesetzesvorhaben zur Änderung arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen auf den Weg gebracht. Hervorzuheben ist der Entwurf eines Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985, der vor allem folgende Regelungen enthält:

- Erleichterungen beim Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen (bis Ende 1991)
- Änderungen und Konkretisierungen der Sozialplanregelungen im Betriebsverfassungsgesetz
- Erweiterung der Höchstdauer bei der Überlassung von Leiharbeitnehmern auf sechs Monate (bis Ende 1991)
- Erweiterung des Ausgleichsverfahrens bei der Lohnfortzahlung
- Verbesserungen für Teilzeitarbeitnehmer
- Unentgeltliche Ausbildungsstellenvermittlung durch Dritte im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit (bis Ende 1991).

Die Bundesregierung erwartet hiervon — wie die Mehrheit des Sachverständigenrates — positive Auswirkungen auf das Einstellungsverhalten der Unternehmen und damit auf die Beschäftigung.

38. Die Bundesregierung hält den Anwerbestopp für Ausländer auch im Interesse der Beschäftigungssicherung und der sozialen Integration der hier lebenden Ausländer uneingeschränkt aufrecht. Für die anstehenden Verhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei über die Weiterentwicklung der Assoziation strebt die Bundesregierung an, in einer abschließenden Regelung abträgliche Wirkungen für die Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden und demzufolge einen freien Arbeitsmarktzugang türkischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik dauerhaft auszuschließen. Die Bundesregierung wird sich zukünftig ver-

stärkt darum bemühen, die Chancen der Wiedereingliederung der Rückkehrer in ihre Heimatländer zu verbessern.

Sicherung der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft

39. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaftsunternehmen. Die Bundesregierung wird deshalb ihre Bemühungen zur Stärkung der Ausbildungsbereitschaft von Industrie und Handel, Handwerk, öffentlichem Dienst, Landwirtschaft und freien Berufen weiter fortsetzen. Moderne Ausbildungsordnungen dienen seit jeher diesem Ziel. Wie bisher wird die Bundesregierung auch künftig die Ausbildungsordnungen in engem Zusammenwirken mit den Sozialpartnern erarbeiten und dabei darauf hinwirken, daß der Meinungsbildungsprozeß rascher vonstatten geht.

Die Politik der Bundesregierung ist darauf gerichtet, daß allen jungen Menschen, die dies wünschen, ein Ausbildungsplatz im dualen System, in der Schule oder in der Hochschule angeboten wird. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß dieses Ziel wie schon 1984 in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den freien Berufen und Verwaltungen sowie allen anderen Verantwortlichen erreicht werden kann. Sie hat darüber hinaus flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung Jugendlicher und zur Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen im Bereich des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes ergriffen oder eingeleitet. Auch die Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes werden weiterhin zielgerichtet zugunsten der arbeitssuchenden Jugendlichen eingesetzt. Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit ist für 1985 Vorsorge für eine Ausweitung der arbeitsmarktorientierten Bildungsangebote für eine größere Teilnehmerzahl getroffen worden.

Nach den gegenwärtig erkennbaren Entwicklungstendenzen ist im Jahre 1985 noch mit einer hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im dualen System zu rechnen. Die Bundesregierung wird sich mit aller Kraft für eine weitere Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes einsetzen. Sie appelliert an alle Verantwortlichen, das hohe Ausbildungsplatzniveau des Jahres 1984 zu halten und möglichst noch zu steigern. Aufgefordert sind vor allem solche Unternehmen, die bisher noch keine Lehrlinge ausgebildet haben, obwohl sie — jedenfalls mit Unterstützung überbetrieblicher Ausbildungsstätten oder im Ausbildungsverbund — dazu in der Lage wären.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Länder ihre Programme zur Förderung der Berufsausbildung bedarfsgerecht fortführen und die erforderlichen schulischen Angebote, insbesondere vorübergehend in Engpaßbereichen auch vollzeitschulische Ausbildungsgänge mit Kammerprüfung, bereitstellen werden.

In seinem eigenen Verantwortungsbereich wird der Bund 1985 seine Ausbildungsleistungen, die bereits 1984 überdurchschnittlich um 10 v.H. gesteigert

wurden, fortführen. Auch das Benachteiligtenprogramm wurde für 1985 — um 86 Mio. DM auf 256 Mio. DM — aufgestockt.

II. Europäische und internationale Wirtschaftspolitik

40. Die enge Einbindung der deutschen Wirtschaft in die europäische und weltwirtschaftliche Arbeitsteilung macht die Erhaltung und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu einer ständigen, wichtigen Aufgabe. Der Sachverständigenrat hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der internen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen nicht voneinander zu trennen sind (Ziffer 205 JG). Die Neuorientierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und auf die Stärkung der Investitionen muß mit Nachdruck weiterverfolgt werden, um das Erreichte für die Zukunft zu sichern und weiter auszubauen.

Die Bundesregierung sieht sich vom Sachverständigenrat in ihrer Auffassung bestätigt, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen insgesamt als gut anzusehen ist (Ziffer 285 JG). Die zuweilen aus Marktanteilsanalysen gezogene Folgerung besonderer Schwachstellen deutscher Unternehmen im internationalen Technologiewettbewerb hält die Bundesregierung wie der Sachverständigenrat (vgl. Ziffern 199 ff. JG) für falsch. Sie verweist in diesem Zusammenhang insbesondere auf ihre Antwort auf die Große Anfrage zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze durch eine aktive Industriepolitik (BT-Drucksache 10/2630).

Der Ausbau der hohen internationalen Verflechtung der deutschen Wirtschaft und ihre verstärkte Nutzung für mehr Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand machen nicht nur eine ständige und flexible interne Anpassung der Wirtschaft an sich ändernde weltwirtschaftliche Rahmendaten nötig. Die Sicherung und Intensivierung der Integration der europäischen Volkswirtschaften im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften sowie ein funktionierendes Weltwährungs- und Weltwirtschaftssystem sind dafür ebenfalls unverzichtbar.

41. Herausragendes Ereignis für die deutsche Wirtschaftspolitik ist der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel, der Anfang Mai in Bonn stattfindet. Die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten westlichen Industrieländer werden dabei im Rückblick auf ihr letztes Treffen in London die Bilanz einer spürbar verbesserten Lage der Weltwirtschaft ziehen können. Im Mittelpunkt ihrer Bonner Beratungen steht die Frage, wie inflationsfreies Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigung in Zukunft gesichert und verstärkt werden können.

Wichtigste Grundlage für eine anhaltende Aufwärtsentwicklung ist der Ausbau des freien Welt-

handels. Besondere Aufmerksamkeit wird daher dem Kampf gegen den Protektionismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen gelten. Fortschritte bei der Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung kommen im Ergebnis allen Staaten, die sich daran beteiligen, zugute.

Dies gilt insbesondere auch für die Entwicklungsländer. Ihre stärkere Integration in die Weltwirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung, um dauerhafte Fortschritte bei der Lösung des internationalen Verschuldungsproblems zu ermöglichen. Insbesondere die stärkere Öffnung der Märkte in den Industrieländern für Produkte der Entwicklungsländer ist dabei von besonderer Bedeutung. Der Weltwirtschaftsgipfel wird sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigen.

Ein besonders wichtiges Thema wird die notwendige internationale Zusammenarbeit bei der Bewältigung der vielfältigen Umweltprobleme sein. Umweltbelastungen machen an den Grenzen nicht halt. Sie haben eine internationale Dimension. Ohne internationale Zusammenarbeit würde eine erfolgreiche Politik zum umfassenden Schutz der natürlichen Lebensbedingungen erheblich erschwert.

Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik

42. Die Bundesregierung unterstützt entschieden den neuen Anlauf, die Europäische Gemeinschaft zu einer Europäischen Union fortzuentwickeln. Zu einem solchen qualitativen Sprung in der europäischen Integration gehört auch eine enge Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten. Im Laufe der letzten Jahre ist die Einsicht gewachsen, daß Wachstum, Stabilität und Anpassung an den strukturellen Wandel unabdingbare Voraussetzungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und vor allem für die Wiedergewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes sind.

Die größere Gemeinsamkeit in der wirtschaftspolitischen Grundausrichtung trägt erste Früchte: Auch in Nachbarländern befindet sich die Wirtschaft im Aufschwung. Er reicht allerdings noch nicht aus, die Beschäftigungslage in der Gemeinschaft wesentlich zu verbessern. Der Prozeß der strukturellen Anpassung in den europäischen Volkswirtschaften muß daher vorangetrieben und Behinderungen der wirtschaftlichen Flexibilität müssen abgebaut werden. Die Bundesregierung wird deshalb alle entsprechenden Bemühungen der Gemeinschaft um weitere Verbesserungen der wirtschaftspolitischen Konvergenz unterstützen, wie sie auch in den wirtschaftspolitischen Grundlinien des EG-Jahreswirtschaftsberichts 1984/85 umrissen worden sind.

Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Fontainebleau zeigen, daß die großen Probleme der Gemeinschaft in europäischem Geist gemeinsam entschieden werden können. Vor allem gilt es jetzt, bei den jährlichen Ausgaben- und Agrarpreisbeschlüssen mehr Zurückhaltung zu wahren, damit die künftige Entwicklung des Finanzbedarfs in der Gemeinschaft in gesamtwirtschaftlich vertretbaren Grenzen gehalten wird und die Bemühungen um

Konsolidierung der nationalen Haushalte nicht gefährdet werden. Die im EG-Jahreswirtschaftsbericht zu Recht den Mitgliedstaaten gegebenen Leitlinien zum Abbau des Anteils der Staatsausgaben am Sozialprodukt und zur nachhaltigen Verringerung der Haushaltsdefizite erfordern auch für den Gemeinschaftshaushalt eine strikte Haushaltsdisziplin. Der vorgesehene Mitteltransfer zu Gunsten der Gemeinschaft ist nur vertretbar, wenn er zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz in Europa beiträgt.

Mit der geplanten Süderweiterung bietet sich die Chance, die Dimension des gemeinsamen europäischen Marktes zum Nutzen aller beteiligten Volkswirtschaften zu erhöhen. Die Bundesregierung hält unverändert daran fest, daß der Beitritt Spaniens und Portugals zum 1. Januar 1986 erfolgen soll, und bekräftigt ihren Standpunkt, daß die Entscheidungen über den Beitritt und über die Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinschaft untrennbar miteinander verknüpft sind.

43. Damit die Menschen in Europa vom gemeinsamen Markt mehr profitieren können, d. h. mehr Arbeit und mehr Wohlstand erlangen, muß neben seiner Erweiterung auch der Ausbau eines nach außen offenen europäischen Binnenmarktes mit aller Energie vorangetrieben werden. Wichtige Ansatzpunkte hierfür sind unter anderem der Abbau bestehender Hemmnisse im Waren-, Zahlungs- und Kapitalverkehr, Verkürzung der Grenzaufenthalte im Warenhandel, die weitere Harmonisierung von Normen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie Fortschritte bei der Liberalisierung im Dienstleistungs- und im Verkehrsbereich (vgl. auch Ziffer 48 JG).

Nach langen Verhandlungen sind wichtige Schritte zur Öffnung der Fernmeldemärkte eingeleitet worden. Hierzu gehören insbesondere die Harmonisierung neuer Fernmeldedienste, aber auch die EG-weite Liberalisierung für einen Teil des Beschaffungsvolumens der Fernmeldeverwaltung bei Übertragungs- und Vermittlungsausrüstungen sowie neuen und herkömmlichen Endgeräten. Die Marköffnung in Europa verhindert nicht die Beschaffung aus Drittländern, vor allem wo dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der raschen Durchsetzung des technischen Fortschritts geboten ist.

Um das marktwirtschaftliche Elemente in der Verkehrswirtschaft zu stärken, wird die Bundesregierung in der Gemeinschaft im Rahmen einer Harmonisierung darauf hinwirken, Marktzutrittsbedingungen zu erleichtern, Disparitäten bei den Tarifen abzubauen und als einen ersten Schritt bestimmte Kontingente im Straßengüterverkehr zu erhöhen. Im Luftverkehr wird auf Beschluß des Ministerrates an Regelungen zur Steigerung der Flexibilität und damit der wirtschaftlichen Effizienz gearbeitet. Die Bundesregierung unterstützt Verbesserungen des innereuropäischen Luftverkehrssystems, die vor allem dem Verbraucher zugute kommen.

Mehr wirtschaftliche Dynamik ist ohne Leistung und unverfälschten Wettbewerb nicht denkbar. Die

Bundesregierung wird deshalb weiterhin nachdrücklich auf eine größere Beihilfedisziplin in der Gemeinschaft und auf einen Abbau wettbewerbsverzerrender Interventionen der Mitgliedstaaten hinwirken. Sie läßt sich dabei von der Erfahrung leiten, daß staatliche Hilfen für schrumpfende Bereiche notwendige strukturelle Anpassungen hinauszögern. Auch solche Schutzmaßnahmen, die mit dem Anspruch gefordert werden, der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Entwicklung neuer Märkte zu dienen, verfehlen in der Regel ihr Ziel. Niemand kann wissen, welchem Bereich wirklich die Zukunft gehört. Es geht nicht darum, im Wettbewerb zu diskriminieren, es geht darum, den Wettbewerb zu fördern, insbesondere auch den Innovationswettbewerb. Nur wenn tatsächlich Wettbewerb herrscht, kann sich ein gemeinsamer Binnenmarkt entwickeln, in dem die Wirtschaft wächst, d. h. Investitionen, Arbeitsplätze und Einkommen vermehrt werden können.

Das Europäische Währungssystem (EWS) hat seit dem letzten Realignment vom März 1983 weitgehend störungsfrei funktioniert. Dazu hat — worauf auch der Sachverständigenrat hinweist — die Stärke des US-Dollars gegenüber der D-Mark wesentlich beigetragen (vgl. Ziffer 45 JG). Wichtig war aber auch, daß sich in der letzten Zeit der Anstieg von Kosten und Preisen in den Ländern der Gemeinschaft deutlich reduziert hat und die Konvergenz der monetären Politik größer geworden ist. Die Bemühungen um eine Stärkung des Europäischen Währungssystems werden um so mehr Erfolg haben, als es gelingt, die Gemeinsamkeiten in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik dauerhaft zu konsolidieren und weiter zu verbessern. Die Bundesregierung mißt deshalb einem Abbau der in einigen Ländern noch bestehenden Kapitalverkehrskontrollen großes Gewicht bei.

Internationale Währungspolitik

44. Die internationalen Währungsbeziehungen werden auch 1985 im Zeichen einer fortschreitenden Erholung der Weltwirtschaft und einer spürbaren Ausweitung des Welthandels stehen. Die Schuldenprobleme zahlreicher Entwicklungsländer haben sich dadurch etwas entspannt, zudem haben viele Schuldnerländer Anpassungsprogramme eingeleitet und ihre Leistungsbilanzen deutlich verbessert. Zu Recht stellt der Sachverständigenrat fest, daß die Gefahr einer akuten Finanzkrise in der Welt gebannt scheint (Ziffer 5 JG). Allerdings sind die Probleme, vor allem der hochverschuldeten Länder Lateinamerikas, noch keineswegs überwunden.

Nur bei gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten bestehen realistische Aussichten, die Verschuldungsprobleme nach und nach zu bewältigen. Die Schuldnerländer dürfen in ihren Anpassungsbemühungen nicht nachlassen. Nicht zuletzt müssen sie auch das Vertrauen der inländischen Anleger festigen, um eine Rückkehr des in erheblichem Umfang aus dem Inland abgeflossenen Kapitals zu bewirken. Aufgabe der Industrieländer ist es, die

Bedingungen für ein dauerhaftes, nicht inflationäres Wachstum der Weltwirtschaft und für eine weitere Senkung der Zinsen zu verbessern. Sie müssen ihre Märkte für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer offen halten und verstärkt liberalisieren.

Öffentliche wie private Kreditgeber müssen auch in Zukunft an der Überwindung der Schuldenprobleme verantwortungsvoll mitwirken. Die Bundesrepublik wird sich daher auch künftig an Umschuldungen staatlicher und staatlich verbürgter Kredite mit anderen wichtigen Gläubigerländern im Rahmen des „Pariser Clubs“ beteiligen. Beim Londoner Weltwirtschaftsgipfel hatte sie sich zusammen mit den anderen Teilnehmerländern bereit erklärt, in geeigneten Fällen mit Ländern, die sich erfolgreich um eine Verbesserung ihrer Außenwirtschaftslage bemühen, über Umschuldungsvereinbarungen zu verhandeln, die sich auf die Fälligkeiten mehrerer Jahre erstrecken.

Besondere Bedeutung mißt die Bundesregierung der Tätigkeit des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu, der nicht nur finanziell den von Zahlungsschwierigkeiten betroffenen Schuldnerländern geholfen hat und hilft. Er ist am besten in der Lage, auf die zur Überwindung der Schwierigkeiten notwendigen Anpassungen in der Wirtschaftspolitik hinzuwirken, damit die Ursachen der Zahlungsbilanzprobleme beseitigt werden. Die Bundesregierung hat daher die auf das Jahr 1985 befristete Verlängerung des „Erweiterten Zugangs“ zu den Mitteln des IWF unterstützt.

Außenwirtschaftspolitik

45. Mit der konjunkturellen Belebung in den westlichen Industrieländern ging eine kräftige Expansion des Welthandels einher. Trotz dieser Verbesserung des internationalen Umfeldes haben die nach wie vor großen Beschäftigungsprobleme und die Orientierung an einzelwirtschaftlichen Interessen den politischen Druck, Anpassungszwänge durch protektionistische Maßnahmen oder Subventionen abzuwehren, weiter erhöht. Die hinter den protektionistischen Tendenzen stehende Befürchtung, daß steigende Importe sich zu Lasten von Wachstum und Beschäftigung im eigenen Land auswirken, ist jedoch falsch.

Protektionismus führt nicht zur Erhaltung von Arbeitsplätzen, sondern trägt zu ihrer Vernichtung bei. Deshalb gibt es zu freien Handelsbeziehungen keine Alternative. Der Sachverständigenrat bezeichnet es mit vollem Recht als das A und O aller internationalen Koordinationsaufgaben, die Märkte in Europa weiter zu öffnen und den Protektionismus weltweit abzubauen; dies sei zentraler Bestandteil unserer beschäftigungspolitischen Möglichkeiten (Ziffer 312 JG). Die Bundesregierung sieht deshalb eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der kommenden Jahre darin, zu stabilen, gegenseitig anerkannten Rahmenbedingungen für den freien Welthandel auf multilateraler Ebene zurückzufinden. Andernfalls wäre eine Eskalation staatlicher Interventionen mit der Folge zunehmender Erosion des liberalen Handels- und Fi-

nanzsystems, vor allem aber gravierender neuer Beschäftigungs- und Wohlstandsprobleme kaum aufzuhalten.

Die Bundesregierung ist der Meinung, daß die Verteidigung des freien Welthandelssystems bereits im eigenen Land beginnen muß. Interventionistische Markteingriffe auf nationaler Ebene sind nicht mit den Regeln des freien internationalen Handels vereinbar. Angesichts der weltweiten Tendenzen zu Selbstbeschränkungsabkommen, orderly marketing agreements oder ähnlichen Praktiken muß wettbewerblichen Gesichtspunkten bei der Diskussion handelspolitischer Maßnahmen wieder verstärkt Geltung verschafft werden.

46. In der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und im Internationalen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) setzt sich die Bundesregierung deshalb mit Nachdruck für die Liberalisierung des Handels mit Gütern und Dienstleistungen ein. Als erstes geht es jetzt um Fortschritte bei der Umsetzung der Liberalisierungsinitiative des Generalsekretärs und der darauf zurückgehenden Beschlüsse des OECD-Ministerrats in konkrete Schritte.

Bei der Durchführung des vom GATT-Ministerrat im November 1982 verabschiedeten Arbeitsprogramms sind die bisherigen Erfolge bedauerlicherweise recht bescheiden geblieben. Die Aufnahme umfassender, multilateraler Liberalisierungsverhandlungen im Rahmen einer neuen Runde im GATT ist deshalb um so notwendiger geworden. Die Bundesregierung wird sich im Jahr 1985 um eine intensive Vorbereitung einer neuen Verhandlungsrunde sowie um die Verabschiedung eines Verhandlungsmandats für die Europäische Gemeinschaft bemühen, damit die Verhandlungen im Jahre 1986 aufgenommen werden können. Eine wichtige Aufgabe solcher Verhandlungen ist der Abbau von Handelshemmnissen, welche die Exportmöglichkeiten für Entwicklungsländer beeinträchtigen. Dies würde zugleich einen wichtigen Beitrag zu einer dauerhaften Lösung der internationalen Verschuldungsprobleme darstellen.

In diesem Zusammenhang steht auch das Welttextilabkommen, das im Jahre 1986 ausläuft. Ein Übergangssystem muß zeitlich begrenzt und mit degressivem Schutzcharakter ausgestattet sein. An seinem Ende muß die Rückkehr zu den allgemeinen GATT-Regeln stehen.

Mit Nachdruck wird sich die Bundesregierung auch dafür einsetzen, daß der Subventionskodex des GATT strikt eingehalten und evtl. sogar verbessert wird, so daß der internationale Subventionswettbewerb beendet wird.

47. Die wirtschaftspolitische Orientierung und die Art der Problemlösungen im Handelsdreieck Vereinigte Staaten von Amerika — Europäische Gemeinschaft — Japan werden für die zukünftigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen von ausschlaggebender Bedeutung sein. Im Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu den Vereinigten

Staaten wird die Bundesregierung ihre Bemühungen fortsetzen, handelspolitische Konflikte abzubauen bzw. neue Konflikte zu vermeiden, um einer Belastung der transatlantischen Beziehungen vorzubeugen. Hiefür geht es aber nicht nur um die Abwehr protektionistischer Tendenzen und um Konfliktlösungen in einzelnen Sektoren — wie Landwirtschaft und Stahl —, sondern um die grundsätzliche Gestaltung des zukünftigen partnerschaftlichen Verhältnisses.

Von großer Bedeutung ist eine reibungslose und effiziente Zusammenarbeit im Bereich der erforderlichen strategischen Exportkontrollen, insbesondere im Rahmen des Koordinierungsausschusses für Ost-West-Handelspolitik (COCOM). Umgekehrt ist darauf zu achten, daß der Wissens- und Technologietransfer zwischen den westlichen Ländern nicht durch beschränkende oder wettbewerbsverzerrende Eingriffe Schaden nimmt.

Die Bundesregierung vertritt nach wie vor die Ansicht, daß eine dauerhafte Lösung des strukturellen Ungleichgewichts in den Handelsbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft mit Japan nicht durch Defensivstrategien wie Importrestriktionen und Selbstbeschränkung, sondern durch Handelsausweitung erreicht werden muß. Zu diesem Zweck ist es unumgänglich, daß Japan seinen Markt de facto weiter öffnet und daß die in Ansätzen eingeleitete Politik der Liberalisierung des japanischen Kapitalmarktes und der Internationalisierung des Yen zügig vorangetrieben wird. Weitere japanische Marktöffnungsmaßnahmen müssen dabei Hand in Hand mit verstärkten Bemühungen der europäischen Unternehmen um den japanischen Markt gehen.

48. Eine stärkere Integration der Entwicklungsländer in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist erklärtes Ziel deutscher Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik. Dabei gilt es, unter Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen Eigenverantwortung dieser Länder deren strukturelle Anpassungsbemühungen flankierend zu unterstützen. In einem dauerhaften, inflationsfreien Wachstum in den Industrieländern verbunden mit einer weiteren Öffnung der Märkte sieht die Bundesregierung eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der notwendigen Anpassungspolitiken der Entwicklungsländer. Sie setzt sich für eine weitere Verbesserung der Zollpräferenzen, vor allem für die weniger entwickelten Länder ein.

Nur durch eine erfolgreichere Teilnahme am internationalen Warenaustausch werden die Entwicklungsländer in die Lage versetzt, ihren Verpflichtungen aus der Auslandsverschuldung nachzukommen und ihre internationale Kreditwürdigkeit wiederzugewinnen. Dies ist die entscheidende Voraussetzung dafür, daß diese Länder die zu ihrer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung noch auf lange Jahre dringend benötigten Kapitalimporte aus den Industrieländern zu tragbaren Konditionen erhalten.

Im Rahmen der Entwicklungshilfe wird sich die Bundesregierung nicht nur um eine weitere Steigerung der Ausgaben, sondern auch um eine höhere Effizienz der Mittelverwendung bemühen.

Während für die am wenigsten entwickelten Länder die offizielle Entwicklungshilfe unersetzlich ist, gewinnt in den fortgeschrittenen Ländern der Dritten Welt der Zustrom von privatem Kapital wachsende Bedeutung. Direktinvestitionen verbunden mit Transfer von Kapital, Technologie und unternehmerischem know how können einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung dieser Länder leisten. Die Bundesregierung fördert daher Direktinvestitionen in Entwicklungsländern durch Absicherung des politischen Risikos sowie durch eine Reihe finanzieller Maßnahmen. Dabei werden in besonderer Weise kleine und mittlere Unternehmen unterstützt. Die Gastländer müssen allerdings ihrerseits die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen verbessern.

49. Die Bundesregierung hat beschlossen, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen wegen der protektionistischen und dirigistischen Fassung des den Tiefseebergbau regelnden Teils XI nicht zu zeichnen. Sie wird sich aber intensiv um eine Änderung dieses Teils bemühen, um so die Basis für einen breiten Konsens über das Seerechtsübereinkommen herzustellen. Die Bundesregierung hat allerdings einer Zeichnung des Übereinkommens durch die Europäische Gemeinschaft für deren Zuständigkeitsbereich nicht widersprochen.

III. Wettbewerbs- und Strukturpolitik

50. Nach Auffassung der Bundesregierung ist der Wettbewerbsprozeß am besten geeignet, weltwirtschaftlichen, technologischen und anderen strukturellen Herausforderungen gerecht zu werden. Nach aller Erfahrung erfolgt die Strukturanpassung im Wettbewerb schneller und effizienter als durch kollektive oder bürokratische Lenkung. Dies gilt auch — und gerade — in Phasen verstärkten Anpassungsbedarfs. Über mehr Staat konnten die wachsenden Schwierigkeiten früher weder verhindert noch bewältigt werden. Es besteht für die Bundesregierung daher kein Anlaß, sich heute Rezepte zu eigen zu machen, die in der Vergangenheit nicht gewirkt haben. Die Bundesregierung sieht sich in dieser Haltung auch durch die Erfahrungen anderer westlicher Länder bestätigt, wo immer deutlicher wird, daß staatlicher Dirigismus wesentlich mehr Probleme schafft als löst.

Die Bundesregierung wird deshalb ihre marktwirtschaftliche Strukturpolitik, deren Leitlinien sie bereits im letzten Jahreswirtschaftsbericht (Ziffer 15) ausführlicher dargelegt hat, aktiv weiterführen. Kernelemente dieser Politik sind mehr Flexibilität und Mobilität von Arbeit und Kapital, die Beseitigung von verkrusteten Strukturen, Wettbewerbsverzerrungen und unnötigen Regulierungen. Steuerungsfehler, die einen dynamischen Wettbewerb behindern, die Ressourcen in unproduktive Verwendungen leiten, investive und innovative unternehmerische Aktivitäten hemmen, müssen — wie auch der Rat fordert (Ziffer 336 JG) — bekämpft werden.

Die Strategie der Bundesregierung zielt darauf ab, durch die Stärkung von Selbstverantwortung und Initiativkraft der Wirtschaft die Wachstumsdynamik auch in den strukturschwachen Regionen wiederzugewinnen. Dies setzt voraus, daß überalterte Industriestrukturen nicht durch staatliche Hilfen konserviert und damit regionale Entwicklungschancen vertan werden¹⁾.

Wettbewerbspolitik

51. Marktwirtschaftliche Prinzipien und Steuerungsmechanismen müssen in allen Teilbereichen der Wirtschaftspolitik wieder mehr Geltung erhalten. Nur so wird es gelingen, die guten Chancen, die dynamischer Wettbewerb für mehr Beschäftigung, höheren Wohlstand, stabile Preise und eine effiziente Bewältigung der anstehenden Zukunftsaufgaben bietet, umfassend zu nutzen. Dabei beläßt funktionierender Wettbewerb den Marktteilnehmern Einkommensvorsprünge nur für die Zeit, in der sie bereit und in der Lage sind, bessere Leistungen zu erbringen als ihre Konkurrenten.

Ohne freien Marktzutritt und ohne ausreichenden unternehmerischen Verhaltensspielraum kann sich dynamischer Wettbewerb nicht entfalten. Wenn es daran mangelt, wird das nur im Suchprozeß des Wettbewerbs erreichbare volkswirtschaftliche Ziel einer bestmöglichen Verwendung der vorhandenen Ressourcen zum Nutzen der Verbraucher verfehlt. Es wird ebensowenig erreicht, wenn unternehmerische Initiative, qualifizierte und leistungsbereite Arbeitskräfte sowie anlagebereites Kapital durch staatliche Eingriffe auf falsche Felder gelockt oder in nicht mehr lohnenden Verwendungen festgehalten werden.

Der Sachverständigenrat macht im Interesse der Entfaltung des dynamischen Wettbewerbs auf das Gebot staatlicher Zurückhaltung auch bei der Wettbewerbskontrolle aufmerksam (Ziffer 321 JG). Eine Politik, die in Einklang mit dieser Mahnung die Dynamik des Wettbewerbs stimulieren will, muß neue Maßnahmen, die eine Dämpfung der Wettbewerbsintensität zur Folge hätten, vermeiden. Hierunter wären beispielsweise ein gesetzliches Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis oder ein allgemeines Diskriminierungsverbot zu zählen. Die Bundesregierung hat solche Maßnahmen wiederholt abgelehnt.

Im Hinblick auf die Wettbewerbsprobleme im Handel ist eine konsequente Anwendung des durch die 4. Kartellnovelle verschärften kartellrechtlichen Instrumentariums besonders vordringlich. Gleichzeitig muß die Entwicklung der Konzentration und der Marktverhältnisse im Handel mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Die Bundesregie-

rung begrüßt daher die Absicht der Monopolkommission, zum Problem der Konzentration im Lebensmittelhandel in Kürze ein Sondergutachten vorzulegen. Die Untersuchungsergebnisse und die Schlußfolgerungen der Monopolkommission werden mit den betroffenen Wirtschaftskreisen intensiv zu erörtern sein.

Die Anreizwirkung von Pioniergewinnen wird vom Rat besonders herausgestellt. Es kommt darauf an, den Pionierwettbewerbern den Weg freizuhalten, damit der Prozeß dynamischen Wettbewerbs laufend angetrieben wird. Zu Recht wird im Jahresgutachten betont, daß nicht das innovatorische Monopol als solches, sondern seine Befestigung wettbewerbspolitisch bekämpft werden sollte (Ziffer 321 JG). In der Tat ist für die wettbewerbliche Kontrolle die Sicherung des Marktzutritts von besonderer Bedeutung.

52. Wettbewerb, der vor allem dem Verbraucher dient, kann wirksam nur funktionieren, wenn hinreichende Preisinformationen die Orientierung am Markt ohne zeit- und kostenaufwendiges Suchen ermöglichen. Die Bundesregierung wird deshalb darauf hinwirken, daß die neue Verordnung über Preisangaben, die die durch den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 8. November 1983 entstandene Lücke im Preisauszeichnungsrecht schließen soll, schon sehr bald in Kraft treten kann. Durch die Fortsetzung der Förderung privater Verbraucherorganisationen und der Stiftung Warenfest wird die Bundesregierung auch künftig zu möglichst umfassenden anbieterunabhängigen Verbraucherinformationen beitragen.

53. Auf den neuen Märkten der Telekommunikation ist der wettbewerbliche Suchprozeß besonders wichtig. Dabei kommt einer möglichst frühzeitigen Bekanntgabe des Planungsrahmens der Deutschen Bundespost und ihren Initiativen für den Ausbau und die Modernisierung der Netzinfrastrukturen große Bedeutung zu. Die Deutsche Bundespost hat hier richtungsweisende Entscheidungen getroffen. Wegen der schnellen Entwicklung in den Telekommunikationstechniken wird die Bundesregierung eine hochrangige Kommission berufen, die die Aufgabenstellung und Möglichkeiten zur Verbesserung der Aufgabenerledigung im Bereich des Fernmeldewesens überprüfen soll. Dabei geht es insbesondere um die bestmögliche Förderung technischer Innovation, die Entwicklung und Wahrung internationaler Kommunikationsstandards sowie die Sicherung des Wettbewerbs auf dem Markt der Telekommunikation.

Im Bereich der neuen Medien strebt die Bundesregierung im Dialog mit den Ländern eine bessere Abstimmung zwischen der Medien- und Wettbewerbspolitik an. Dies erscheint auch deshalb notwendig, weil mit den gegenwärtig diskutierten Regelungen über den Zugang zu den neuen Medien wesentliche Grundentscheidungen für die Wettbewerbsbedingungen auf den Medienmärkten getroffen werden. Um Wettbewerbsverzerrungen von vornherein auszuschließen und allen Interessenten gleiche Chancen einzuräumen, sollten bundesweit

¹⁾ Eingehender behandelt sind die hier vorgetragenen Gesichtspunkte auch in den Antworten der Bundesregierung auf die Großen Anfragen zur wirtschaftlichen Bedeutung und Entwicklung strukturschwacher Regionen (BT-Drucksache 10/2629) sowie zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze durch eine aktive Industriepolitik (BT-Drucksache 10/2630).

möglichst einheitliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Andererseits ist es wettbewerbspolitisch geboten, Vorsorge zu treffen, um wettbewerbschädlichen Konzentrationstendenzen bei den Medien begegnen zu können.

Mittelstandspolitik

54. Kleine und mittlere sowie junge Unternehmen haben in den vergangenen beiden Jahren einen überproportionalen Beitrag bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen geleistet. Damit hat sich einmal mehr die Bedeutung des Mittelstandes für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung erwiesen. Der gewerbliche und freiberufliche Mittelstand konnte den in ihn gesetzten Erwartungen um so eher gerecht werden, als die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen für eine stärkere Orientierung an Leistung und Selbstverantwortung und für eine Vergrößerung der unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten gerade auch seinen Investitions- und Innovationsspielraum gestärkt haben.

Für genügend Investitionen und Innovationen bedarf es einer ausreichenden Ausstattung mit Kapital, das bereit ist, die Chancen, die der Markt ihm bietet, zu übernehmen, aber auch die damit verbundenen Risiken zu tragen. Die wieder gestiegenen Unternehmenserträge haben die Voraussetzungen hierfür von der Finanzierungsseite her verbessert. Nun kommt es darüber hinaus darauf an, durch die Belebung der traditionellen Beteiligungsmärkte sowie die Schaffung neuer Beteiligungsmöglichkeiten die Zuführung anlagebereiten Kapitals in möglichst viele Unternehmen zu verbessern. Die angestrebten Maßnahmen für einen erleichterten Zugang mittelständischer Unternehmen zum organisierten Kapitalmarkt sowie die angekündigte Fortentwicklung der Vermögenspolitik sind dabei von besonderer Bedeutung (vgl. Ziffern 28 und 34 dieses Berichts).

Existenzgründungen im gewerblichen und freiberuflichen Mittelstand stimulieren den Wettbewerb, beschleunigen die notwendige Umstrukturierung und sorgen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Durch die Finanzierungshilfen des Bundes wurden im vergangenen Jahr fast 17 000 Existenzgründungen mit rund 85 000 Arbeitsplätzen angeregt. Wegen seiner hohen Beschäftigungswirkungen und positiven Struktureffekte wird das Eigenkapitalhilfe-Programm bis Ende 1987 verlängert. Gleichzeitig wird es durch eine Auflockerung der bisherigen rigiden Altersgrenze in seiner Wirksamkeit verbessert. Auf innovative Firmen zielt auch der Modellversuch zur Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen, der auf sehr großes Interesse gestoßen ist und daher finanziell aufgestockt wurde. Durch die Einführung einer Ansparförderung für Existenzgründer im Laufe des Jahres 1985 sollen langfristig geplante Unternehmensgründungen im gewerblichen Sektor besonders ermutigt werden. Die vorgesehene Ansparförderung soll in enger Anlehnung an die bestehenden Förderprogramme des Bundes Finanzierungsprobleme, die häufig den

Schritt in die Selbständigkeit hemmen, in möglichst unbürokratischer Weise überwinden helfen.

55. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist auf die Erhaltung und Festigung eines leistungsstarken Dienstleistungssektors im Mittelstand gerichtet. Sie begrüßt das zunehmende Interesse an der Gründung selbständiger oder freiberuflicher Existenzen. Dadurch wird auch in diesem Bereich der Wettbewerb gefördert. Die Bundesregierung hält Berufszugangsbeschränkungen oder andere berufslenkende Maßnahmen demgegenüber nicht für angebracht. Verantwortungsbewußte Aufklärung und realistische Berufsberatung der Schul- und Hochschulabgänger über die jeweiligen Berufschancen sind allerdings vonnöten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß neue Anforderungen an Wirtschaft und Gesellschaft wie etwa im Umweltschutz gerade den wirtschaftsnahen freien Berufen neue Aufgaben stellen können. Ebenso sieht die Bundesregierung in einer verstärkten Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen neue Möglichkeiten für mehr private Freiräume. Sie wird sich darüber hinaus weiterhin für die Verbesserung der Wettbewerbschancen der freien Berufe gegenüber staatlichen und halbstaatlichen Stellen — z. B. bei der technischen Überwachung — einsetzen.

56. Um das Innovationspotential kleiner und mittlerer Unternehmen noch stärker zu nutzen, wird die Bundesregierung die begonnene Umorientierung der Forschungs- und Entwicklungspolitik in Richtung auf verstärkte indirekte Fördermaßnahmen fortsetzen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die industrielle Gemeinschaftsforschung und die erweiterte Förderung des Forschungspersonals in der Wirtschaft.

Die Steigerung der Leistungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft durch die Förderung von Unternehmensberatungen bleibt ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Durch einen konzentrierten Mitteleinsatz soll ihre Effizienz gesteigert werden. Die Förderung von Unternehmensberatungen soll mittelständischen Unternehmen vor allem als Initialzündung bei einer Verbesserung der Unternehmensführung helfen. Vordringlich ist dabei die Förderung der Beratung von Existenzgründern und von kleinen und mittleren Unternehmen, die sich noch in der Aufbauphase befinden.

Forschungs- und Technologiepolitik

57. Forschung, Entwicklung und Innovation der Unternehmen sind unerlässlich, um ihre Marktposition zu stärken und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung voranzubringen. Die Bundesregierung hat dazu ihre Auffassung im letzten Jahreswirtschaftsbericht (vgl. Ziffer 16 des Jahreswirtschaftsberichts 1984) sowie im Bundesbericht Forschung 1984 ausführlich dargelegt. Voraussetzung für einen möglichst effizienten Ablauf von Innovationsprozessen ist ein dynamischer Wettbewerb. Der Sachverständigenrat bezeichnet diesen mit Recht als Lebenselixier der Wirtschaft (Ziffer 315 JG). Je besser es den

Unternehmen gelingt, durch Innovation Vorsprungspositionen aufzubauen, neue Märkte zu erschließen und bestehende zu verteidigen, desto besser sind die Chancen für mehr rentable Arbeitsplätze und mehr wirtschaftliches Wachstum.

Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, Hemmnisse, die einem dynamischen Wettbewerb im Wege stehen, abzubauen. Die Forschungs- und Technologiepolitik kann und muß zur Stärkung eines solchen Wettbewerbs beitragen.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Sachverständigenrates, daß in der Grundlagenforschung und bei Basistechnologien — von wenigen Ausnahmen abgesehen — heute keine Engpässe zu bestehen scheinen. Größere Schwierigkeiten bereiten die marktnahe Umsetzung in neue Produkte und Verfahren, die Anwendungsphase und für mittelständische Unternehmen auch die Markteinführungsphase. Die staatliche Förderung der angewandten Forschung und die Technologieberatung sollen dazu beitragen, solche Schwierigkeiten zu überwinden. Der Sachverständigenrat bestätigt die Bundesregierung darin, daß alle Maßnahmen der Forschungs- und Technologieförderung in der Wirtschaft darauf abzielen müssen, die Eigeninitiative der Unternehmen und die Antriebskräfte des Marktes zu stärken (Ziffer 320 JG).

Für die Verfügbarkeit sogenannter Schlüsseltechnologien ist nach Auffassung des Sachverständigenrates eine weitgehende und dauerhafte Liberalität des Warenaustauschs von sehr großer Bedeutung. Er warnt davor, Fälle einer Beeinträchtigung des freien internationalen Austauschs bei bestimmten Schlüsseltechnologien zum Anlaß zu nehmen, die eigenen Industrien stärker nach außen abzuschotten und zu subventionieren (Ziffer 207 JG). Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung. Sie wird daher in multinationalen Gremien und bilateralen Kontakten alle Möglichkeiten nutzen, um wettbewerbsverzerrende Programme im Ausland und Eingriffe in den Technologietransfer zu verhindern oder zu entschärfen. Sie wendet sich dabei auch gegen eine kompensierende Unterstützung durch handelspolitische Maßnahmen oder Subventionen. Der dynamische Innovationswettbewerb der Wirtschaft darf nicht von einem Protektions- und Subventionswettlauf der Staaten abgelöst werden.

58. Die Bundesregierung sieht sich in ihrer Politik der Umorientierung von der direkten auf die indirekte Forschungsförderung durch den Sachverständigenrat bestätigt (Ziffer 320 JG). Diese Umorientierung kommt vor allem auch kleinen und mittleren Unternehmen zugute.

Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten konnten im vergangenen Jahr ihren Anteil an den Forschungsmitteln des Bundes für die gewerbliche Wirtschaft auf über ein Viertel erhöhen. Sie profitieren vor allem vom FuE-Personalkostenzuschußprogramm, das um vier Jahre verlängert und um eine FuE-Personal-Zuwachsförderung ergänzt wird, vom erweiterten Modellversuch zur Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen,

von der Unterstützung der industriellen Gemeinschaftsforschung der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen sowie von dem neuen Förderschwerpunkt Mikroperipherik. Insgesamt wird der Bund für indirekte und indirekt-spezifische Maßnahmen 1985 ca. 1,5 Mrd. DM bereitstellen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung 1985 ein Programm „Angewandte Biologie und Biotechnologie“ sowie ein neues Konzept für den Förderschwerpunkt „Materialforschung“ vorlegen.

Die Bundesregierung sieht die Luft- und Raumfahrtindustrie als einen für Forschung, Entwicklung und Innovation sehr wichtigen Industriezweig an, der sich in besonders hohem Umfang durch europäische und internationale Großprojekte auszeichnet. Das Bundeskabinett hat daher beschlossen, der deutschen Industrie eine angemessene Beteiligung an der Entwicklung der Mittelstreckenversion A 320 des Airbusprogramms sowie an den beiden Weltraumprojekten Columbus und Ariane, die die künftige Entwicklung in diesem Bereich bestimmen werden, zu ermöglichen.

Umweltpolitik

59. Der sorgsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen, der Schutz von Luft, Boden und Gewässern sowie ein sparsamer Energieeinsatz sind für ein dichtbesiedeltes, hochindustrialisiertes und rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland entscheidende Voraussetzungen für die langfristige Sicherung sowohl der natürlichen Lebensgrundlagen als auch der Produktionsbasis, für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Bundesregierung mißt deshalb dem Schutz der Umwelt herausragende Bedeutung bei.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Sachverständigenrates, daß zwischen Wirtschaft und Ökologie bei rationalem Handeln kein Zielkonflikt besteht, wenn dem Umweltschutz durch entsprechend verminderte Ansprüche auf das Realeinkommen Rechnung getragen wird (Ziffer 409 JG). Ein befriedigender Umweltschutz kann nur in einer auf den Fortschritt von Wissenschaft und Technik aufbauenden Wirtschaft gewährleistet werden. Pauschale Ablehnung der Technik wäre daher ebenso verfehlt wie ein Verzicht auf weiteres Wirtschaftswachstum. Bei der Konzipierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen müssen die umweltpolitischen Erfordernisse und bei umweltpolitischen Maßnahmen die wirtschaftspolitischen Erfordernisse berücksichtigt werden. Wichtig ist dabei, daß die Umweltpolitik den wirtschaftlichen Belastungsrisiken und Anpassungserfordernissen Rechnung trägt. Von der Wirtschaft wird ihrerseits die Bereitschaft zu äußersten Anstrengungen zur Sicherung ihrer künftigen Produktionsgrundlagen erwartet. Es gibt Hinweise dafür, daß die Unternehmen und ihre Verbände die umweltpolitischen Herausforderungen zunehmend sehen und ernst nehmen.

Die Bundesregierung wird verstärkt die Umweltpolitik auf die Vorgabe mittel- und langfristiger Ziele

ausrichten. Dies erlaubt der Wirtschaft mehr als bisher, sich durch planvollen Einsatz ihrer innovativen Kräfte auf umweltfreundlichere Produkte und Produktionsverfahren einzustellen und so eine weitere Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung zu erreichen, wie sie insbesondere im Bereich der Energieverwendung bereits weitgehend erzielt worden ist.

Die Bundesregierung ist — ebenso wie der Sachverständigenrat — der Auffassung, daß die umweltpolitischen Probleme durch eine konsequent marktwirtschaftliche Umweltpolitik auf Dauer am wirksamsten zu lösen sind. Umweltfeindliche Produktionsverfahren dürfen sich nicht lohnen. Umweltfreundliches Verhalten muß sich auch wirtschaftlich auszahlen. Umwelt ist ein knappes Gut und darf in der Sozialen Marktwirtschaft daher nicht zum Nulltarif in Anspruch genommen werden. Die Bereitschaft, den dazu notwendigen Einkommensverzicht hinzunehmen, dürfte in einer wachsenden Wirtschaft erheblich größer sein. Durch entsprechenden Kostendruck und Gewinnanreiz kann und muß die Innovationsbereitschaft für einen dynamischen Umweltschutz nutzbar gemacht werden. Dem entspricht eine strikte Befolgung des Verursacherprinzips. Nur so werden die richtigen Signale zu einem ökologisch vernünftigen Verhalten und zur umweltgerechten Umstrukturierung der Wirtschaft gegeben.

Die klare Zuordnung der Kosten für Umweltschutzmaßnahmen beschleunigt die Entwicklung umweltschonender Technologien. Eine Aufweichung des Verursacherprinzips durch eine stärkere Finanzierung über öffentliche Ausgaben würde den Zwang zur Ausrichtung von Unternehmen und Verbrauchern an umweltpolitischen Notwendigkeiten schwächen und damit den Umweltzielen zuwiderlaufen.

Ebenso wie auf anderen Gebieten sind adäquate Rahmenbedingungen für die Umweltschutzpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft notwendig. Deshalb kann auf ein Mindestmaß von Regelungen sowie Ge- und Verboten nicht verzichtet werden. Durch vermehrten Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente — wie die klare Zuweisung der Kosten auf die Verursacher, angemessene Kompensationslösungen und übergangsweise steuerliche Anreize für umweltschonende Güter — soll das Eigeninteresse von Unternehmen und Verbrauchern am Umweltschutz verstärkt werden. Einer übermäßigen kostenträchtigen Regelungsbürokratie mit der Gefahr neuer Wettbewerbsverzerrungen, der Verfestigung überkommener Strukturen und der Verzögerung des gerade für den Umweltschutz wichtigen technischen Fortschritts soll demgegenüber entgegengewirkt werden. Auch im Umweltschutz müssen — ebenso wie in der Wirtschaftspolitik — die Rahmenbedingungen vom Grundsatz der Verlässlichkeit, Stetigkeit und Rechtssicherheit getragen sein. Unternehmen und Verbraucher müssen in die Lage versetzt werden, die im Einzelfall ökologisch und ökonomisch beste Lösung zu wählen und innovativ wirtschaftliche Verfahren und Produkte zu entwickeln, die umweltschonend sind.

60. Auf der Grundlage dieser Überlegungen zu einer marktwirtschaftlichen Umweltpolitik hat die Bundesregierung eine flexible Kompensationslösung in den Entwurf zur TA Luft eingefügt. Danach kann wie bisher jeder Altanlagenbetreiber die an ihn gerichteten Anforderungen für sich umsetzen. Benachbarte Unternehmen können sich aber auch zusammenfinden und festlegen, daß die Verschmutzer mit relativ günstigen Umweltschutzkosten weit aus mehr für den Umweltschutz investieren als vorgeschrieben, während vor allem bei den kleineren Unternehmen mit vergleichsweise hohen spezifischen Umweltschutzkosten Investitionsausgaben vermindert werden können. Die Vollzugsbehörden haben unbürokratisch sicherzustellen, daß die Kompensationsmaßnahmen insgesamt mehr für die Luftreinhaltung bringen, als wenn jeder Beteiligte sich nur nach den behördlichen Anordnungen gerichtet hätte.

Die Bundesregierung wird prüfen, ob auch in anderen Bereichen Möglichkeiten für einen stärkeren Einsatz marktwirtschaftlich orientierter Regelungen bestehen, die umweltfreundliches Verhalten belohnen und die Abkehr von umweltbelastendem Verhalten beschleunigen.

Besonders große Bedeutung mißt die Bundesregierung der Verminderung des Schadstoffausstoßes durch Kraftfahrzeuge zu. Sie hat deshalb unverzüglich nach ihrem Amtsantritt Initiativen zur Bewältigung dieses jahrelang vernachlässigten Problems ergriffen. Unter Berücksichtigung ihrer EG-Verpflichtungen hat die Bundesregierung Termine gesetzt, von denen an nur noch abgasarme Personenkraftwagen neu zugelassen werden. Schon vor diesen Terminen soll eine verstärkte Umstellung auf schadstoffarme Fahrzeuge erreicht werden, und zwar durch ein kombiniertes System der steuerlichen Förderung abgasarmer Autos einerseits und durch eine höhere steuerliche Belastung herkömmlicher Personenkraftwagen andererseits. Dazu gehört auch die Förderung der Umrüstung von Altfahrzeugen. Außerdem soll durch die von der Bundesregierung vorgeschlagene Differenzierung des Mineralölsteuersatzes für unverbleites und verbleites Benzin darauf hingewirkt werden, daß unverbleites Benzin nicht teurer angeboten wird als bleihaltiger Kraftstoff. Die steigende Nachfrage nach bleifreiem Benzin wird zugleich zu einer möglichst raschen Ausweitung eines flächendeckenden Angebots dieses Kraftstoffs beitragen. Die Bundesregierung hat die entsprechenden Gesetzentwürfe dem Deutschen Bundestag zugeleitet.

Im Gewässerschutz geht es vor allem um die Möglichkeit der Einführung des Standes der Technik für Einleitungen gefährlicher Stoffe, um bessere Abwasserbehandlung bei den Indirekteinleitern und um verstärkten Grundwasserschutz. Das Ziel der entsprechenden Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz ist es, noch intensiver als bisher die Reduzierung vor allem von gefährlichen Stoffen an der Quelle zu erreichen. Unter diesem Gesichtspunkt stehen beim Abwasserabgabengesetz die Möglichkeiten für verstärkte Investitionsanreize und für Vollzugsvereinfachungen im Mittelpunkt der Novellierungsüberlegungen.

Für die Abfallwirtschaft gilt, daß Abfallvermeidung und -verwertung noch größeres Gewicht erlangen müssen. An diesem Ziel orientieren sich auch die von der Bundesregierung veranlaßten Novellen zum Abfallbeseitigungsgesetz. Mit einem Verwertungsgebot für Abfälle soll die Nutzung von Abfällen Vorrang vor der bloßen Entsorgung erhalten.

Zur Verbesserung der Sonderabfallbeseitigung bereitet die Bundesregierung eine Technische Anleitung Abfall vor. Die Einfuhr, Ausfuhr und der Transit gefährlicher Abfälle sind von einem strengen Genehmigungsverfahren abhängig gemacht worden.

Als neues Problemfeld hat die Bundesregierung den Bodenschutz in Angriff genommen. Hier mehrten sich die Anzeichen, die auf längere Sicht — z. B. beim Grundwasser — zunehmende Belastungen erwarten lassen könnten. Dieser Aufgabe mißt die Bundesregierung daher in Zukunft erhebliche Bedeutung bei.

Um sofort verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten für Umweltschutzinvestitionen, insbesondere zur Luftreinhaltung, zu schaffen, wird die Kreditanstalt für Wiederaufbau in den nächsten fünf Jahren zinsgünstige Kredite in einem Gesamtvolumen von 3,5 Mrd. DM aus eigenen Mitteln bereitstellen. Diese Kredite werden vorrangig an mittelständische Unternehmen vergeben. Daneben hat die Lastenausgleichsbank ebenfalls aus eigenen Mitteln ein Darlehensprogramm für Umweltschutzinvestitionen mittelständischer Unternehmen aufgelegt, das insbesondere Hersteller moderner umweltfreundlicher Produktionsverfahren und Produkte fördert.

61. Vor dem Hintergrund der erheblichen grenzüberschreitenden Schadstoffbelastungen wird ein international abgestimmtes umweltpolitisches Vorgehen zunehmend wichtiger. Deswegen drängt die Bundesregierung — insbesondere in den Europäischen Gemeinschaften — auf eine stärkere Berücksichtigung umweltpolitischer Belange. Auf der multilateralen Umweltkonferenz in München zeigte sich der fortgeschrittene internationale Bewußtseinswandel unter anderem darin, daß 18 Staaten ihre Bereitschaft erklärt haben, ihre jährlichen grenzüberschreitenden Schwefeldioxid-Emissionen um mindestens 30 Prozent zu reduzieren. Auf der Nordseeschutzkonferenz in Bremen wurde auf Vorschlag der Bundesregierung ein umfassendes Schutzkonzept für die Nordsee beschlossen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung beim Weltwirtschaftsgipfel in London eine Vereinbarung über verstärkte Zusammenarbeit im Umweltschutz angeregt. Sie wird die internationale Dimension der Umweltprobleme auf dem kommenden Weltwirtschaftsgipfel in Bonn erneut zur Sprache bringen.

Energiepolitik

62. Die Bundesregierung wird ihre erfolgreiche, international abgestimmte Energiepolitik fortführen. Sie geht dabei davon aus, daß auch bei weiterer

Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten und dem damit verbundenen Anstieg des Energieverbrauchs die Energiemärkte trotz des Konflikts am Persischen Golf weiter durch ein ausreichendes Angebot gekennzeichnet sein werden. Bei den im Vergleich zu den 70er Jahren hohen Energiepreisen und den durch die Umweltauflagen zu erwartenden zusätzlichen Belastungen dürfte auch der Prozeß der rationelleren Energieverwendung mittel- und langfristig zügig voranschreiten. Hierauf deuten alle nationalen und internationalen Energievorausschätzungen hin. Die erwartete weitere Umstrukturierung des Energiemarktes mit rückläufigem Mineralölanteil, wachsenden Anteilen des Gases im Wärmemarkt und der Kernenergie in der Stromerzeugung sowie einem stabilen Anteil der heimischen Energieträger Braun- und Steinkohle entspricht den Zielen einer zugleich sicheren, preisgünstiger und umweltgerechten Energieversorgung. Die Förderung neuer heizenergiesparender Technologien sowie erneuerbarer Energien wird auch künftig beibehalten. Allerdings muß vor überzogenen Erwartungen hinsichtlich ihres Beitrages zur Energieversorgung gewarnt werden.

Die Bundesregierung sieht sich durch den Sachverständigenrat (Ziffer 406 JG) in ihrer Auffassung bestätigt, die notwendigen Maßnahmen für einen verstärkten Umweltschutz — insbesondere zur Verminderung des Ausstoßes an Stickoxid und Schwefeldioxid durch Kraftwerke — nicht zu Lasten der Allgemeinheit mit Sonderabgaben oder aus öffentlichen Kassen zu finanzieren. Vielmehr ist auch hier dem Verursacherprinzip strikter Vorrang einzuräumen. Es kommt am wirksamsten zur Geltung, wenn sich die Energienachfrage marktwirtschaftlich entwickeln kann. Anschluß- und Benutzerzwang für bestimmte Energieträger oder Maßnahmen mit gleicher Wirkung behindern die notwendige Steuerungsfunktion der Preise.

63. Die Bundesregierung wird die bisherige Kohlepolitik entsprechend den gemeinsam mit allen Beteiligten in der Kohle-Runde verabredeten und getragenen Rahmenbedingungen für die deutsche Steinkohle im Interesse der Sicherheit der deutschen Energieversorgung fortführen. Sie geht unverändert davon aus, daß der Vertrag über die Verstromung der deutschen Steinkohle eingehalten und damit der deutschen Steinkohle der wichtigste Absatzbereich bis 1995 gesichert wird. Die Bundesregierung begrüßt, daß die Elektrizitätswirtschaft diesen Vertrag nicht in Frage stellt und auch die Länderwirtschaftsminister durch ihren Beschluß vom 29. November 1984 ihre politische Unterstützung dafür erneut bekräftigt haben. Der weitere wichtige Absatzbereich des Steinkohlenbergbaus, die Lieferungen an die Stahlindustrie, wird auch künftig nicht ohne öffentliche Unterstützung auskommen. Im Bundeshaushalt 1985 wurden daher die notwendigen Mittel dafür bereitgestellt. Für die Anschlußregelung des 1988 auslaufenden Hüttenvertrages erwartet sie, daß zunächst die Vertragspartner des Steinkohlenbergbaus und der Stahlindustrie ein realistisches und akzeptables Konzept entwickeln. Das von Bund und Ländern gemeinsam getragene Fernwärmeprogramm soll im Rahmen

der bisherigen Mittel bis 1986 verlängert werden. Über ein Anschlußprogramm wird nach Abschluß der Bewertung des laufenden Programms gemeinsam mit den Ländern entschieden.

Die Bundesregierung erwartet, daß die Mineralölwirtschaft wie schon bisher auch in Zukunft die notwendigen Maßnahmen zur Strukturanpassung ohne finanzielle Hilfen des Staates durchführt. Sie legt Wert darauf, daß der Abbau der Raffineriekapazitäten nicht aufgrund von wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen in anderen Ländern einseitig zu Lasten der deutschen Wirtschaft verläuft. Die Bundesregierung verkennt nicht, daß mit der notwendigen zügigen Einführung des bleifreien Benzins weitere Belastungen verbunden sind. Hilfen zur Umrüstung von Tankstellen des mittelständischen Handels (Investitionszuschüsse des Bundes, ERP-Darlehen, Länderhilfen) sollen zur Erhaltung der Strukturvielfalt auf dem Benzinmarkt beitragen.

In der Kernenergie hält die Bundesregierung an dem 1979 gemeinsam mit den Bundesländern beschlossenen Entsorgungskonzept fest. Die damals in Auftrag gegebene Prüfung hat ergeben, daß der Entsorgungsweg der direkten Endlagerung abgebrannter Brennelemente keine entscheidenden sicherheitsmäßigen Vorteile bringt. Die Bundesregierung erwartet die zügige Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage.

Stahlpolitik

64. Da in absehbarer Zeit eine ins Gewicht fallende Steigerung der Stahlnachfrage in Europa und in der Welt kaum zu erwarten ist, können langfristig nur die Stahlproduzenten am Markt bestehen, die durch Rationalisierung und Kostensenkung ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessern.

Die deutschen Unternehmen müssen daher die von ihnen in eigener Verantwortung erstellten Umstrukturierungskonzepte auch 1985 konsequent und zügig durchführen. Auch nach Abschluß der jetzt laufenden Pläne werden noch Strukturanpassungen notwendig bleiben.

Die Bundesregierung ist bereit, die sozialen Folgen der Umstrukturierung weiterhin abzufedern und auch 1985 die Finanzkraft der Unternehmen durch Auszahlung staatlicher Hilfen innerhalb des beschlossenen Finanzrahmens zu stärken, damit die Unternehmen die Kraft zu notwendigen Rationalisierungen und für Investitionen haben. Sie wird sich im Rahmen der EG weiterhin dafür einsetzen, daß die deutschen Stahlunternehmen nicht durch subventionierte Lieferungen aus anderen EG-Staaten und aus Drittstaaten geschädigt werden.

Die Bundesregierung begrüßt, daß im Rat der Europäischen Gemeinschaft Einigkeit erzielt wurde, den Stahlsubventionskodex Ende 1985 auslaufen zu lassen. Sie wird bei den weiteren Beratungen in Brüssel mit Nachdruck dafür eintreten, daß auf dem europäischen Stahlmarkt eine Fortsetzung des Subventionswettkampfs verhindert wird und wieder un-

verfälschte Wettbewerbsbedingungen gelten werden. Pläne einzelner Mitgliedstaaten, die Beihilfen an ihre Stahlunternehmen im Jahre 1985 — zumal ohne zusätzlichen Kapazitätsabbau oder einen sonstigen angemessenen Ausgleich — über den bisher genehmigten Rahmen hinaus stark aufzustocken, lehnt die Bundesregierung ab. Dies würde die gesamte Stahlpolitik der Gemeinschaft und den in dem Stahlsubventionskodex 1980/81 gefundenen Kompromiß in Frage stellen.

Agrarpolitik

65. Stagnierender und teilweise rückläufiger Nahrungsmittelverbrauch bei steigender Agrarerzeugung zwingt zu Produktionsanpassungen in der Landwirtschaft. Die Beschlüsse des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom Frühjahr 1984 haben eine Kurskorrektur der Agrarmarktpolitik in Richtung auf einen Marktausgleich eingeleitet. Die Bundesregierung wird ihre Bemühungen im Hinblick auf dieses Ziel unter Vermeidung unvermeidbarer Folgen und nicht hinnehmbarer sozialer Härten für die in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung auch in Zukunft fortsetzen.

Dem Sachverständigenrat ist zuzustimmen (Ziffern 428 ff. JG), daß nur durch einschneidende Reformmaßnahmen Finanzierbarkeit und damit Funktionsfähigkeit der gemeinsamen Agrarmarktornungen gesichert werden können. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß solche Reformmaßnahmen inzwischen eingeleitet wurden. So sind die im vergangenen Jahr beschlossenen Marktordnungspreise und mengenbegrenzenden Maßnahmen, besonders im Milchbereich, Signale zur Eindämmung der Überproduktion und zu einer Verringerung des Anstiegs der gemeinsamen Agrarausgaben.

Um im Ministerrat Konsens über diese Beschlüsse zu erreichen, hat die Bundesregierung dem schrittweisen Abbau des positiven deutschen Währungsausgleichs zugestimmt; dies bedeutet, was auch der Sachverständigenrat so sieht (Ziffer 430 JG), eine nominale Senkung wichtiger Agrarpreise. Um die Belastung der Landwirtschaft durch diese währungspolitisch bedingte Maßnahme zu kompensieren, hat die Bundesregierung mit Zustimmung der Europäischen Gemeinschaft als zeitlich befristete und degressiv gestaltete Maßnahme den erhöhten Vorsteuerabzug für Landwirte innerhalb der Umsatzsteuerregelung beschlossen.

Wichtiges Ziel der Bundesregierung bleibt es, die Überschüsse abzubauen und auf ein Marktgleichgewicht hinzuwirken. Die Bundesregierung teilt die vom Sachverständigenrat vorgetragenen Bedenken (Ziffer 432 JG) gegen gleichartige Mengenbeschränkungen in allen Bereichen mit Überschußproduktion. Deshalb ist eine Garantiemengenregelung auf dem Getreidemarkt nach Art der Milchmengenbeschränkung von der Bundesregierung nicht beabsichtigt.

Die im Gutachten vorgeschlagene „freiwillige“ Produktionsanpassung in Überschußbereichen bedeu-

tet spürbare Preissenkungen. Die Auswirkungen solcher Lösungen müssen jeweils sorgfältig mit entstehenden sozialen Härten sowie möglichen Kosten für soziale und regionale Abfederungsmaßnahmen abgewogen werden. Ziel der Bundesregierung ist es, das agrarpolitische Instrumentarium möglichst marktgerecht anzuwenden und an den Erfordernissen der bäuerlichen Familienbetriebe zu orientieren.

In der Agrarstrukturpolitik wurde die vom Sachverständigenrat zu Recht kritisierte Förderung (Ziffer 436 JG) der Kapazitätserweiterung revidiert: bei der Milchproduktion wurde sie national vollständig ausgesetzt, in der Schweinehaltung auf bestimmte Kapazitäten eingegrenzt.

Unerwünschten Nebenwirkungen der Agrarproduktion im Umweltbereich widmet die Bundesregierung besondere Aufmerksamkeit. Wesentlich ist insbesondere eine Verringerung der Nitratbelastung des Grundwassers. Allerdings hat sie beträchtliche Zweifel, ob die vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Abgabe auf Stickstoffdünger zur Erreichung dieses Zieles geeignet ist (Ziffer 437 JG).

Die Bundesregierung stimmt den Erwägungen des Sachverständigenrates zu, daß das „Offenhalten“ der Landschaft über die landwirtschaftliche Bodennutzung wünschenswert ist (Ziffer 437 JG).

Regionale Strukturpolitik

66. Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zur wirtschaftlichen Bedeutung und Entwicklung strukturschwacher Regionen vom 13. Dezember 1984 ausführlich zu den aktuellen Fragen der Regionalpolitik Stellung genommen.

Hinsichtlich der Zielsetzungen der regionalen Strukturpolitik stimmen Bundesregierung und Sachverständigenrat darin überein (Ziffern 410 ff. JG), daß in der gegenwärtigen Situation der Wachstums- und Beschäftigungsbeitrag der Regionalpolitik verstärkt werden sollte. Dabei kommt es angesichts einer stark verringerten Zahl von Neuansiedlungen vor allem auch darauf an, die vorhandenen Wachstumskräfte in den Regionen selbst zu aktivieren. In den letzten Jahren sind neben periphere, ländlich strukturierte Problemgebiete strukturschwache altindustrialisierte Regionen getreten. Diese können ihre Strukturprobleme nur überwinden, wenn statt der häufig anzutreffenden Neigung zu defensiven Strategien offensiv Struktur Anpassung verfolgt wird. Die Bundesregierung betrachtet in besonders schwerwiegenden Fällen eine regionalpolitische Flankierung sektoraler Anpassungsprozesse als Teil einer solchen offensiven Strategie. Wie bereits im letzten Jahreswirtschaftsbericht herausgestellt, gibt die Bundesregierung einer solchen regionalpolitischen Flankierung grundsätzlich den Vorzug vor Subventionen an die in Schwierigkeiten befindlichen Unternehmen oder Branchen. Sie sieht dabei in einer engen Verzahnung mit Maßnahmen auch aus anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik, vor allem der Infrastruktur-, Arbeits-

markt- und Bildungspolitik, ein wichtiges Element, um in besonders schwerwiegenden Fällen den Beitrag der Regionalpolitik zum Strukturwandel zu verstärken. Die Bundesregierung stimmt dem Sachverständigenrat darin zu, daß es hauptsächlich Aufgabe der betroffenen Regionen selbst ist, den notwendigen Wandel zu bewältigen (Ziffer 412 JG).

Nach Auffassung der Bundesregierung hat sich in der Tat die im Grundgesetz verankerte Verteilung der regionalpolitischen Kompetenzen auf die einzelnen bundesstaatlichen Ebenen alles in allem bewährt. Sie sollte deshalb beibehalten werden. Bund und Länder sind sich einig, daß angesichts der derzeitigen Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen die Wirksamkeit der Regionalförderung verbessert werden muß. Insbesondere ist zu überprüfen, ob und wie die Effizienz der Regionalförderung dadurch gesteigert werden kann, daß

- die Förderung verstärkt an den vorhandenen ökonomischen Kräften in den strukturschwachen Regionen ansetzt, indem Betriebe des Dienstleistungs- und Handwerksbereichs, soweit sie einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft leisten, verstärkt berücksichtigt werden;
- besonderes Gewicht auf die Entfaltung innovativer Aktivitäten und die Schaffung wettbewerbsfähiger, qualifizierter Arbeitsplätze in den Problemregionen gelegt wird, indem Anreize für innovative Aktivitäten und zur Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze in den strukturschwachen Regionen verstärkt werden;
- regionalpolitische Zielsetzungen in anderen raumwirksamen Politikbereichen des Bundes und der Länder nach Möglichkeit stärker berücksichtigt werden.

Bund und Länder streben ferner an, die Abgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit Wirkung zum 1. Januar 1986 auf der Basis aktueller Daten zu überprüfen.

Das Zonenrandgebiet wird auch weiterhin bevorzugt gefördert werden, um die fortwirkenden Nachteile aus der Teilung Deutschlands auszugleichen.

67. Für die Bundesregierung behält das „Exportbasiskonzept“ für die Regionalpolitik weiterhin Gültigkeit. Sie stimmt dem Sachverständigenrat zu, daß nicht nur Industrieunternehmen, sondern auch Dienstleistungen zur Exportbasis einer Region gehören können (Ziffer 423 JG).

Die Bundesregierung setzt sich nachdrücklich für den Abbau bürokratischer Hemmnisse und überflüssiger Regelungen ein. Wo solche Hemmnisse erkannt werden, sollten sie mit genereller Wirkung und nicht nur beschränkt auf sogenannte Zonen freier Wirtschaftstätigkeit — wie es offenbar dem Sachverständigenrat vorschwebt — beseitigt werden.

68. Im vergangenen Jahr ist der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, der die Regionalpolitik der Mitgliedstaaten unterstützt, reformiert worden. Mit Wirkung vom 1. Januar 1985 werden die bisherigen garantierten fixen Anteilsquoten der Mitgliedsländer durch ein System garantierter Untergrenzen und variabler Obergrenzen abgelöst. Die bisherige quotenfreie Abteilung des Fonds wurde abgeschafft und an deren Stelle sog. „Gemeinschaftsprogramme“ vorgesehen, die im wesentlichen von der Europäischen Gemeinschaft innerhalb der jeweiligen Länderquoten eingeleitet werden.

Die Reform läßt zwar Ansätze zu einer stärkeren räumlichen Konzentration und sachlichen Schwerpunktbildung erkennen, jedoch ist das Ziel einer Beschränkung der Förderung aus dem EG-Regionalfonds auf die wirtschaftsschwächsten Regionen (Nettofondsprinzip) nicht erreicht worden.

Wirtschaftsförderung Berlin

69. Die wirtschaftlichen Perspektiven Berlins haben sich insgesamt nachhaltig verbessert. Die in enger Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Berliner Senat getroffenen Maßnahmen tragen wesentlich zur wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in Berlin bei. Dabei gehen insbesondere von der zweiten Wirtschaftskonferenz Berlin unter Vorsitz des Bundeskanzlers und den nachfolgenden Fachgesprächen mit führenden Wirtschaftsvertretern wichtige Impulse aus. Zur weiteren Verbesse-

rung der Wirtschaftsentwicklung der Stadt werden auch die umgestalteten Herstellerpräferenzen nach dem Berlinförderungsgesetz führen, die ab Beginn dieses Jahres finanziell wirksam geworden sind und zu einer Erhöhung der betrieblichen Wertschöpfung in Berlin sowie zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze anregen. Bereits 1984 haben sich erste positive Auswirkungen in Form von mehr Investitionen der Unternehmen und einer Steigerung der Beschäftigung gezeigt.

Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen

70. Nach den starken Wachstumsphasen der letzten beiden Jahre hat der innerdeutsche Handel 1984 insgesamt stagniert. Da die Bezüge aus der DDR deutlich gestiegen sind, während die Lieferungen zurückgingen, könnte der dadurch von der DDR gewonnene finanzielle Spielraum 1985 zu verstärkten Bestellungen vor allem von Investitionsgütern aus der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden. Damit würde auch die Struktur des Warenaustauschs verbessert werden. Die Bundesregierung wird auch weiterhin bereit sein, die zwischenbetriebliche Zusammenarbeit verstärkt auszubauen, um dem Handel zusätzliche Impulse zu geben.

Die Bundesregierung ist bestrebt, die Verhandlungen mit der DDR über die Novellierung der Dienstleistungsvereinbarung zum Abschluß zu bringen und damit für die Wirtschaftspartner den Geschäftsverkehr zu erleichtern.

Anlage

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1984¹⁾ sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Im Jahreswirtschaftsbericht 1984 war davon ausgegangen worden, daß das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau real um rd. 2 1/2 v. H. überschreitet. Diese Erwartung hat sich bestätigt. Nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes betrug der Anstieg des Bruttosozialprodukts und des Bruttoinlandsprodukts 1984 real 2,6 v. H. Die konjunkturelle Entwicklung während des Jahres wurde allerdings durch die Auswirkungen der Arbeitskämpfe stark beeinflusst. Neben den direkten und indirekten Produktionsausfällen, die nach Aussage der Betroffenen nur zum Teil aufgeholt werden konnten, kam es im Bereich der Einkommensentwicklung, der Entscheidungen von privaten Konsumenten und Investoren, aber auch im Bereich von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zeitweise zu negativen Auswirkungen.

Nach einem ausgeprägten Wirtschaftswachstum im 1. Quartal 1984 und den erheblichen arbeitskampfbedingten Produktionseinbußen im 2. Quartal folgte im 3. Vierteljahr wieder eine durch deutliche Nachholeffekte mitgeprägte Aufwärtsbewegung, die im 4. Quartal angehalten hat. Nach Ausschaltung der arbeitskampfbedingten kurzfristigen Ausschläge spricht dies für eine relativ stetige konjunkturelle Aufwärtsentwicklung. Ähnlich wie im Vorjahr ergibt sich somit auch für 1985 wieder ein positiver Überhang, so daß die Ausgangsposition für das Wachstum 1985 insgesamt ähnlich günstig wie für 1984 beurteilt werden kann.

Die reale Gesamtentwicklung entsprach damit zwar etwa den Erwartungen vor einem Jahr; gegenüber der in der Jahresprojektion zugrunde gelegten Sozialproduktstruktur ergaben sich dennoch teilweise erhebliche Abweichungen. Während der preisbereinigte Anstieg von privatem und öffentlichem Verbrauch insgesamt mit den Annahmen übereinstimmte — einer geringeren Expansion des Privaten Verbrauchs stand dabei eine deutlich stärker als erwartete Zunahme des Staatsverbrauchs insbesondere im Sozialversicherungsbereich gegenüber —, nahmen die Anlageinvestitionen, also Ausrüstungen und Bauten, erheblich schwächer als vor einem Jahr projiziert zu. Dabei hat für die Ausrüstungen einmal eine Rolle gespielt, daß Ende 1983 die Investitionen wegen des Auslaufens der Investitionszulage stark nach oben geschneit waren und dadurch der Jahresvergleich 1984 mit 1983 verzerrt wird. Zum anderen konnten 1984 wegen des langen Arbeitskampfes viele Investitionsgüter nicht fristgerecht ausgeliefert werden. Andererseits trug aber die Aufstockung der Lagerbestände, in die auch

viele statistisch noch nicht erfaßbare Wirtschaftsvorgänge eingehen, sehr viel stärker als erwartet zum Wirtschaftswachstum bei.

Die reale Zunahme der Inlandsnachfrage entsprach insgesamt knapp den Projektionsannahmen. Dagegen war der expansive Effekt, der vom Außenbeitrag auf das Wirtschaftswachstum ausging, kräftiger, wobei Ausfuhren und Einfuhren sich dynamischer entwickelten, als vor einem Jahr erwartet worden war. Die Ausfuhren übertrafen dabei das Einfuhrwachstum stärker als angenommen.

2. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion ging mit einem höheren Anstieg der Produktivität einher und führte im Jahresdurchschnitt noch nicht zu einer Ausweitung der Beschäftigung. Der Produktivitätsanstieg (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) lag mit 3,0 v. H. über den Erwartungen (Jahresprojektion: +2 bis +2 1/2 v. H.) und war somit leicht höher als die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion.

Die Zahl der Erwerbstätigen lag daher im Jahresdurchschnitt um 85 Tsd. oder rd. 0,3 v. H. unter ihrem Vorjahresstand (beschäftigte Arbeitnehmer: rd. -90 Tsd. oder -0,4 v. H.); den Annahmen der Jahresprojektion hätte ein unveränderter Beschäftigungsstand entsprochen. Die erwartete Zunahme der Beschäftigung im Jahresverlauf ist in der zweiten Jahreshälfte dennoch, wenn auch noch nicht sehr ausgeprägt, in Gang gekommen. Entsprechend der hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Beschäftigungsentwicklung fiel auch die Arbeitslosigkeit etwas ungünstiger aus, als in der Jahresprojektion angenommen worden war. Die Zahl der Arbeitslosen lag mit 2,266 Mio. in der gleichen Größenordnung wie im Vorjahr; dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 9,1 v. H. (bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen) bzw. 8,1 v. H. (bezogen auf alle Erwerbspersonen). In der Jahresprojektion war davon ausgegangen worden, daß die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1984 etwas unter 9 v. H. der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. knapp 8 v. H. aller Erwerbspersonen betragen würde.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist allerdings nicht gleichzusetzen mit einem festgefügtten Block von Personen; vielmehr ist die Bestandszahl das Ergebnis erheblicher Bewegungsvorgänge. Zugänge und Abgänge beliefen sich im Laufe des Jahres 1984 auf etwa 3,7 Mio. Personen. Trotz dieser beachtlichen Bewegungen am Arbeitsmarkt steigt mit der Dauer der ungünstigen Beschäftigungssituation auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit. Sie beträgt inzwischen durchschnittlich rd. 11 1/2 Monate und hängt vor allem von Alter und Qualifikation der Betroffenen ab. Eine steigende Zahl langfristig Arbeitsloser ist unter den älteren Arbeitnehmern und Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen, insbesondere unter den beruflich Nicht-Qualifizierten anzutreffen. Für beruflich Qualifizierte ist die durchschnittliche Dauer der Ar-

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung (Drucksache 10/952)

beitslosigkeit kürzer als für Personen ohne Berufsausbildung.

Mit Dauer und Höhe der Gesamtarbeitslosigkeit haben sich auch die regionalen Unterschiede verstärkt. Baden-Württemberg weist mit 5,6 v. H. die niedrigste, der Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen-Bremen mit 12,1 v. H. die höchste Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1984 auf.

3. Günstiger als erwartet verlief die Preisentwicklung. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts, in dem die Verteuerung der inländischen Produktionsfaktoren zum Ausdruck kommt, nahm nur um 1,9 v. H. zu (Jahresprojektion: rd. +3 v. H.). Hierin spiegelt sich zu einem gewichtigen Teil die sehr verhaltene Zunahme der Lohnstückkosten wider, die den größten gesamtwirtschaftlichen Kostenblock darstellen. Aufgrund moderater Nominalloohnerhöhungen und des stärkeren als angenommenen Produktivitätsfortschritts erhöhten sich die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten nur um rd. $\frac{1}{2}$ v. H. und ließen damit eine weitere Verbesserung der Gewinnspannen zu.

Der Preisanstieg im Inland blieb zwar ebenfalls niedriger als unterstellt, die Ansätze der Jahresprojektion wurden wegen der über die Erwartungen hinausgegangenen Verschlechterung des Austauschverhältnisses im Außenhandel (terms of trade) jedoch weniger stark als beim Preisindex für das Bruttosozialprodukt unterschritten. Trotz insgesamt rückläufiger Rohstoffpreisnotierungen stiegen die Einfuhrpreise in D-Mark nämlich überproportional stark an, u. a. weil sich die D-Mark gegenüber dem US-Dollar im Jahresdurchschnitt abermals um rd. 10 v. H. abwertete. Der Preisindex der gesamten inländischen Nachfrage (Verbrauch und Investitionen) erhöhte sich danach insgesamt um 2,3 v. H. (Jahresprojektion: rd. 3 v. H.); die Zunahme des Preisindex für den Privaten Verbrauch, die vor einem Jahr ebenfalls mit rd. 3 v. H. veranschlagt worden war, lag mit 2,6 v. H. ebenfalls erfreulicherweise unter den Erwartungen. (Der monatlich veröffentlichte Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg im Jahresdurchschnitt um 2,4 v. H. Der Unterschied zum Preisindex für den Privaten Verbrauch erklärt sich vor allem aus den unterschiedlichen Wägungsschemata.)

4. Da der Anstieg des Sozialprodukts real der Jahresprojektion entsprach und die Verteuerung der gesamtwirtschaftlichen Leistungserstellung um etwa 1 v. H.-Punkt schwächer als vorausgeschätzt ausfiel, war die Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts mit 4,6 v. H. ebenfalls um rd. 1 v. H.-Punkt niedriger, als vor einem Jahr erwartet worden war (Jahresprojektion: +rd. $5\frac{1}{2}$ v. H.).

Diese geringere nominale Expansion wird auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts vor allem beim Privaten Verbrauch und den Anlageinvestitionen sichtbar, während Staatsverbrauch sowie Vorratsaufbau auch nominal stärker als erwartet stiegen und sich die Zunahme des Außenbeitrags an der Obergrenze der Projektionsansätze hielt. Die schwächere Zunahme des Privaten Verbrauchs um

nominal 3,5 v. H. (Jahresprojektion: +4 bis +5 v. H.) geht zum größeren Teil auf eine höhere als unterstellte Ersparnisbildung zurück, aber auch das verfügbare Einkommen nahm, hauptsächlich wegen einer langsameren Ausweitung der Nettolohn- und -gehaltssumme, etwas weniger zu, als vor Jahresfrist angenommen worden war.

Erheblich kräftiger, als nach den Plänen vor einem Jahr zu urteilen war, dehnte sich der Staatsverbrauch aus (+4,1 v. H.; Jahresprojektion: +2 bis + $2\frac{1}{2}$ v. H.). In erster Linie ist diese Abweichung auf den unerwartet hohen Ausgabenanstieg der gesetzlichen Krankenkassen für Arzt- und Krankenhausleistungen sowie Arzneimittel zurückzuführen. Die Ausweitung der Anlageinvestitionen, die in der Jahresprojektion mit +8 bis +9 v. H. veranschlagt worden war, fiel dagegen mit 3,2 v. H. deutlich geringer aus. Dabei blieben alle Bereiche, nämlich die Anlageinvestitionen der Unternehmen, der Wohnungsbau und die öffentlichen Investitionen hinter den Erwartungen zurück. Bei den Unternehmensinvestitionen haben dabei wegen der Investitionszulagenregelung nach 1983 vorgezogene Käufe sowie die Auswirkungen des Arbeitskampfes eine Rolle gespielt. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte zogen die Anlageinvestitionen der Unternehmen, insbesondere die Ausrüstungen, wieder sehr stark an. Andererseits fiel auch der Preisanstieg für Ausrüstungsgüter und Bauten niedriger als veranschlagt aus. Dem stand ein erheblich höherer Lageraufbau gegenüber. Nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes betrug dieser in jeweiligen Preisen 16,5 Mrd. DM und fiel somit um $11\frac{1}{2}$ Mrd. DM höher als ein Jahr zuvor aus. Erwartet worden war dagegen nur eine Verstärkung des Lageraufbaus um 2 bis 6 Mrd. DM.

Der Anstieg der Inlandsnachfrage betrug damit insgesamt 4,2 v. H. (Jahresprojektion: + $4\frac{1}{2}$ bis + $5\frac{1}{2}$ v. H.). Dagegen entsprach der nominale Außenbeitrag (Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland) mit knapp 46 Mrd. DM, das sind 2,6 v. H. des Bruttosozialprodukts, dem Ansatz der Jahresprojektion (+42 bis +46 Mrd. DM bzw. rd. $2\frac{1}{2}$ v. H. des Bruttosozialprodukts). Zwar fiel die Zunahme der Ausfuhren dank einer stärkeren als unterstellten Welthandelsbelebung und gestiegener Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure günstiger aus, als vor einem Jahr projiziert worden war, aber auch die Einfuhren entwickelten sich dynamischer als angenommen. Der Saldo der laufenden Rechnung gegenüber der übrigen Welt (Jahresprojektion: $\frac{1}{2}$ v. H. des Bruttosozialprodukts) blieb mit knapp 13 Mrd. DM (d. s. 0,7 v. H. des Bruttosozialprodukts) ebenfalls noch im Rahmen der Annahmen des Jahreswirtschaftsberichts.

5. Parallel zu dem hinter dem Projektionsansatz zurückgebliebenen Anstieg des nominalen Sozialprodukts erreichte auch die Ausweitung des Volkseinkommens mit 4,7 v. H. nur etwa die Untergrenze der projizierten Spanne (Jahresprojektion: + $4\frac{1}{2}$ bis + $5\frac{1}{2}$ v. H.). Während die Zunahme der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit rd. $9\frac{1}{2}$ v. H. noch etwas über die Ober-

grenze der projektierten Marge hinausging (Jahresprojektion: +7 bis 9 v. H.), stiegen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit statt um $3\frac{1}{2}$ bis 4 v. H. nur um rd. 3 v. H. an. Dabei nahm sowohl die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten mit +rd. 3 v. H. (Jahresprojektion: +rd. $3\frac{1}{2}$ v. H.) als auch die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer schwächer als erwartet zu. Dabei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, daß die Tarifpartner vermehrt Arbeitszeitverkürzungen in Form einer Verringerung der Wochenarbeitszeit oder einer Vorruhestandsregelung vereinbarten. Die um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote am Volkseinkommen ging damit gegenüber 1983 um reichlich 1 v. H.-Punkt auf $67\frac{1}{2}$ v. H. zurück.

6. Der Anstieg der Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung blieb mit 3,7 v. H. an der Obergrenze der projektierten Spanne von $2\frac{1}{2}$ bis $3\frac{1}{2}$ v. H. Insbesondere die Ausgaben der Sozialversicherung für Krankenversicherungsleistungen nahmen stärker als angenommen zu. Dies war auch die Ursache, warum die Zunahme des Staatsverbrauchs mit 4,1 v. H. deutlich über die Ansätze der Jahresprojektion (+2 bis $+2\frac{1}{2}$ v. H.) hinausging. Auch die Ausgaben für Einkommens- und Vermögensübertragungen gingen mit einem Zuwachs von 3,8 v. H. über den erwarteten Rahmen (+ $2\frac{1}{2}$ bis $+3\frac{1}{2}$ v. H.) hinaus; dagegen nahmen die öffentlichen Sachinvestitionen nominal um 0,4 v. H. ab und blieben so deutlich hinter den Projektionsannahmen (+3 bis +5 v. H.) zurück.

Der Anstieg der Einnahmen verfehlte mit 4,7 v. H. knapp die Marge der Jahresprojektion (+5 bis +6 v. H.). Während die Steuereinnahmen mit +5,4 v. H. wegen des geringeren Anstiegs des nominalen Sozialprodukts nur der Untergrenze der An-

nahmen (+ $5\frac{1}{2}$ bis $+6\frac{1}{2}$ v. H.) entsprachen, nahmen die Sozialversicherungsbeiträge mit +4,1 v. H. (Jahresprojektion: +5 bis +6 v. H.) wegen der geringeren Zunahme der Nominallöhne schwächer als erwartet zu. Der Anstieg der sonstigen Einnahmen ging, unter anderem wegen des höheren Bundesbankgewinns, mit +2,7 v. H. über die Ansätze der Jahresprojektion (+1 bis +2 v. H.) hinaus.

Das Finanzierungsdefizit (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) bildete sich auf 39,5 Mrd. DM und damit um rd. 6 Mrd. DM gegenüber 1983 zurück. In der Jahresprojektion war bei höheren Einnahme- und geringeren Ausgaben-erwartungen von einem Defizitabbau um 16 bis 20 Mrd. DM ausgegangen worden. Dabei fiel der Defizitabbau der Gebietskörperschaften etwas geringer als vor Jahresfrist veranschlagt aus, und statt des erwarteten Überschusses im Sozialversicherungsbereich ergab sich ein Fehlbetrag. Der Anteil des gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits am Bruttosozialprodukt betrug nur noch 2,3 v. H. (Jahresprojektion: knapp 2 v. H.) nach 2,7 v. H. im Jahr 1983.

7. Diesem geringeren öffentlichen Finanzbedarf stand wie erwartet im wesentlichen eine Ausweitung des Finanzierungssaldos im Unternehmenssektor (einschl. Wohnungswirtschaft) gegenüber. Das Mittelaufkommen durch die privaten Haushalte hat sich demgegenüber nur wenig geändert (die Sparquote blieb auf Vorjahreshöhe), und der Forderungsaufbau gegenüber dem Ausland in Form des gestiegenen Leistungsbilanzüberschusses war vergleichsweise moderat. Insbesondere wegen der hohen Vorratsbildung war die Zuwachsrate der Bruttoinvestitionen im Unternehmenssektor etwa genauso kräftig wie der anhaltende Anstieg der eigenen Mittel.

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreisentwicklung
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum
in %

	Ø 1960/ 1970	Ø 1970/ 1980	1981	1982	1983	1984	1984						
							1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.
Bundesrepublik Deutschland ¹⁾ ...	+2,5	+ 5,1	+ 6,3	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0
Belgien	+3,0	+ 7,4	+ 7,6	+ 8,7	+ 7,7		+ 7,0	+ 7,1	+ 5,8		+ 5,8	+ 5,3	
Dänemark	+5,6	+ 9,8	+11,7	+10,1	+ 6,9		+ 6,3	+ 6,7	+ 6,4		+ 6,0	+ 5,9	
Frankreich	+4,1	+ 9,6	+13,4	+11,8	+ 9,6		+ 8,8	+ 7,8	+ 7,3		+ 7,0	+ 6,9	
Griechenland ..	+2,1	+14,3	+24,5	+21,0	+20,5		+18,7	+16,9	+18,6		+18,4	+18,0	
Großbritannien	+4,1	+13,7	+11,9	+ 8,6	+ 4,6		+ 5,2	+ 5,1	+ 4,7		+ 5,0	+ 4,9	
Irland	+4,6	+13,7	+20,4	+17,1	+10,4	+ 8,6	+10,1	+ 9,7	+ 7,9	+ 6,7		+ 6,7 ²⁾	
Italien	+4,0	+13,8	+17,8	+16,5	+14,7	+10,7	+12,1	+11,4	+10,5	+ 9,2	+ 9,5	+ 9,2	+ 8,8
Luxemburg	+2,6	+ 6,6	+ 8,1	+ 9,4	+ 8,7	+ 5,6	+ 7,5	+ 7,4	+ 4,7	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,3
Niederlande ...	+4,3	+ 7,4	+ 6,7	+ 5,7	+ 2,7		+ 3,3	+ 3,6	+ 2,7		+ 3,0	+ 2,9	
Finnland	+4,9	+11,1	+12,0	+ 9,6	+ 8,3		+ 8,2	+ 7,2	+ 6,6		+ 6,8	+ 6,0	
Norwegen	+4,5	+ 8,4	+13,6	+11,3	+ 8,4		+ 6,5	+ 6,5	+ 6,1		+ 6,1	+ 6,0	
Österreich	+3,6	+ 6,3	+ 6,7	+ 5,4	+ 3,3	+ 5,6	+ 5,6	+ 6,1	+ 5,7	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,3	+ 5,0
Portugal	+4,5	+18,6	+20,0	+22,4	+25,5		+30,8	+31,3	+30,3		+25,8	+24,9	
Schweden	+4,0	+ 9,2	+12,1	+ 8,6	+ 9,0	+ 8,0	+ 8,2	+ 8,5	+ 7,6	+ 7,6	+ 7,3	+ 7,3	+ 8,2
Schweiz	+3,3	+ 5,0	+ 6,5	+ 5,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,9
Spanien	+6,6	+15,3	+14,5	+14,4	+12,2		+12,0	+11,4	+12,0		+10,5	+10,0	
Japan	+5,7	+ 9,0	+ 4,9	+ 2,7	+ 1,8		+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2		+ 2,2	+ 2,2	
Kanada	+2,7	+ 8,0	+12,5	+10,8	+ 5,8		+ 5,1	+ 4,6	+ 3,9		+ 3,4	+ 4,0	
USA	+2,7	+ 7,8	+10,4	+ 6,1	+ 3,2		+ 4,5	+ 4,3	+ 4,1		+ 4,2		

Quelle: Statistisches Bundesamt und andere amtliche Stellen; die aktuellsten Zahlen sind teilweise vorläufige Werte.

¹⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

²⁾ vierteljährliche Erhebung

**Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1984
mit der Jahresprojektion der Bundesregierung**

	Jahresprojektion	Tatsächliche Entwicklung ⁴⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	
Entstehung des Sozialprodukts		
Erwerbstätige	0	- 0,3
Arbeitslosenquote in v. H. A ¹⁾	(knapp 9)	(9,1)
B ²⁾	(knapp 8)	(8,1)
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0 bis - ¹ / ₂	- 0,2
In Preisen von 1976 (real)		
Bruttosozialprodukt	+ rd. 2 ¹ / ₂	+ 2,6
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ rd. 2 ¹ / ₂	+ 2,6
BIP je Erwerbstätigen	+ 2 bis + 2 ¹ / ₂	+ 3,0
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ rd. 2 ¹ / ₂	+ 3,2
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	+ 4 bis + 5	+ 3,5
Staatsverbrauch	+ 2 bis + 2 ¹ / ₂	+ 4,1
Anlageinvestitionen	+ 8 bis + 9	+ 3,2
darunter: Öffentliche Investitionen	+ 3 bis + 5	- 0,4
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(+ 7 bis + 11) ³⁾	(+16,5)
Inlandsnachfrage	+ 4 ¹ / ₂ bis + 5 ¹ / ₂	+ 4,2
Außenbeitrag		
Mrd. DM	(+ 41 bis + 45) ³⁾	(+45,9)
Anteil am Bruttosozialprodukt in v. H.	(rd. 2 ¹ / ₂)	(2,6)
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+ rd. 5 ¹ / ₂	+ 4,6
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	+ rd. 3	+ 2,6
Inlandsnachfrage	+ rd. 3	+ 2,3
Bruttosozialprodukt	+ rd. 3	+ 1,9
Verteilung des Sozialprodukts		
Volkseinkommen	+ 4 ¹ / ₂ bis + 5 ¹ / ₂	+ 4,7
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Summe)	+ 7 bis + 9	+ rd. 9 ¹ / ₂
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ 3 ¹ / ₂ bis + 4	+ rd. 3
Nachrichtlich:		
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ rd. 3 ¹ / ₂	+ rd. 3
Sparquote	(rd. 10 ¹ / ₂) ³⁾	(11,4)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1983

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1985

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1984

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung)

	Jahres- projektion der der Bundes- regierung	Tatsäch- liche Entwick- lung ⁴⁾
Einnahmen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	
Steuern	+ 5 ^{1/2} bis + 6 ^{1/2}	+ 5,4
Sozialbeiträge ¹⁾	+ 5 bis + 6	+ 4,1
Sonstige Einnahmen	+ 1 bis + 2	+ 2,7
Einnahmen insgesamt	+ 5 bis + 6	+ 4,7
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+ 2 bis + 2 ^{1/2}	+ 4,1
Einkommens- und Vermö- gensübertragungen ²⁾	+ 2 ^{1/2} bis + 3 ^{1/2}	+ 3,8
Investitionen	+ 3 bis + 5	- 0,4
Ausgaben insgesamt	+ 2 ^{1/2} bis + 3 ^{1/2}	+ 3,7
Finanzierungssaldo, Mrd. DM	- 26 bis - 30 ³⁾	- 39,5

¹⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

²⁾ Einschließlich Zinsen

³⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1983

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1985

B. Jahresprojektion 1985

8. Die um die Jahreswende verfügbaren Indikatoren zeigen, daß die seit Beginn des Jahres 1983 vorherrschende konjunkturelle Aufwärtsentwicklung bis zuletzt angehalten hat. Auch für 1985 bestehen gute Wachstumsaussichten. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat darin überein, „daß die deutsche Wirtschaft auch 1985 auf expansivem Kurs bleibt“. Die Voraussetzungen dafür sind — auch wegen der deutlich besseren Rahmenbedingungen — so gut wie lange nicht mehr (Ziffer 256 JG). Dies gilt um so mehr, als auch das internationale Umfeld für eine Fortsetzung des Wachstumsprozesses spricht.

Die Jahresprojektion hat wie in jedem Jahr den Charakter einer bedingten Prognose. Dies bedeutet, daß hierin eine Entwicklung beschrieben wird, die unter Berücksichtigung der Ausgangslage und unter den getroffenen Annahmen und Hypothesen aus gegenwärtiger Sicht für erreichbar gehalten wird. Die zugrundegelegten Annahmen und Bedingungen sind wie immer mit Risiken behaftet, ihre konkrete Festlegung erfolgt nach Abwägung aller Einflußgrößen nach Wahrscheinlichkeitsgesichtspunkten.

Das Prognosespektrum für die reale Entwicklung des Sozialprodukts reicht diesmal von etwa 2 v.H. bei einigen Wirtschaftsforschungsinstituten bis zu reichlich 3 v.H. beim Sachverständigenrat. Unter Abwägung der Risiken einer ungünstigeren und der Chancen einer günstigeren Entwicklung bewegt sich die Bundesregierung auf einer mittleren Linie. Dies bedeutet nicht, daß eine günstigere oder ungünstigere Entwicklung als hier beschrieben ausgeschlossen wird. Auch die Bundesregierung ist — wie viele andere Beobachter — der Auffassung, daß sich aus heutiger Sicht mehr Hinweise für eine günstigere als für eine ungünstigere Entwicklung ergeben. Sie schließt deshalb eine ähnlich hohe Wachstumsrate wie der Sachverständigenrat nicht aus, unterstreicht dabei aber, daß dies erhebliche Anstrengungen von allen Beteiligten erfordert; denn im marktwirtschaftlichen System entscheiden die Marktteilnehmer — Verbraucher, Unternehmer, Tarifvertragsparteien wie auch die verschiedenen öffentlichen Ebenen — mit ihren Entscheidungen, inwieweit das vom wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umfeld her Mögliche ausgeschöpft wird.

Zu den binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Jahresprojektion gehört, daß die Ansätze für die öffentlichen Haushalte eingehalten werden. Dabei wird von einem Schritt in Richtung einer qualitativen Konsolidierung ausgegangen. Die Ansätze für die öffentlichen Sachinvestitionen dürften damit nach Jahren des Rückgangs wieder stärker als die Gesamtausgaben zunehmen. Zu den Bedingungen der Jahresprojektion gehört ferner, daß die Beibehaltung des geldpolitischen Kurses die Preiserhöhungsspielräume, nicht aber die Wachstumsmöglichkeiten einschränkt. Hinsichtlich der kommenden Tariflohnverhandlungsrunde wird nach den gravierenden Auseinandersetzungen des letzten Jahres unterstellt, daß diesmal der Wirtschaftsablauf von dieser Seite nicht beeinträchtigt wird.

Zu den außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Jahresprojektion gehört die Annahme, daß sich die im Vorjahr stark divergierenden Wachstumsraten zwischen Europa und den übrigen Industrieländern angleichen und so zu einer mehr ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung in den verschiedenen Regionen der Welt beitragen werden. Eine wichtige Annahme betrifft die Bedingungen, unter denen der internationale Warenaustausch stattfindet. Die Jahresprojektion geht davon aus, daß die latent und offen vorhandenen Protektionismusbestrebungen eingedämmt werden können, so daß nicht zu befürchten ist, daß ein großer Teil der Wettbewerbsvorteile gegenüber wichtigen Handelspartnern durch Abschottung der Märkte verlorengeht. Ferner wird unterstellt, daß das System der internationalen Finanzmärkte wie bisher funktionieren wird. In der Jahresprojektion wird weiterhin eine gesicherte Rohstoff- und Ölversorgung erwartet. Aufgrund der Marktlage und der Konkurrenzsituation dürfte es allenfalls zu geringfügigen Preissteigerungen für Rohstoffe sowie für Rohöl- und Mineralölprodukte kommen.

Die Vergangenheit hat deutlich gezeigt, daß wegen der Vielzahl von Einflußfaktoren eine einigermaßen

zutreffende Wechselkursprognose kaum möglich ist, bei flexiblen Wechselkursen ohnehin noch weniger als bei festen. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis des US-Dollars zu den anderen Währungen. Dennoch kommt keine Vorausschätzung ohne eine solche Hypothese aus. In der Jahresprojektion wird angenommen, daß in erster Linie die neu entstehenden Preis- und Kostendisparitäten die weitere Wechselkursentwicklung bestimmen. Dies würde real keine fühlbaren Änderungen gegenüber dem derzeitigen Wechselkursgefüge bedeuten. Die Jahresprojektion basiert ferner auf der Vorstellung, daß die mittlerweile weltweiten Anstrengungen zum Abbau der Haushaltsdefizite und die überall zu verzeichnenden Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisniveaus zu einem Rückgang des internationalen Zinsniveaus führen. Damit wären auch die Voraussetzungen für ein weiteres Sinken der Zinsen im Inland gegeben.

9. Die zu Jahresbeginn verfügbaren Informationen für die Weltwirtschaft scheinen die Erwartungen zu bestätigen, wonach die Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten nach der stürmischen Aufwärtsentwicklung bis Mitte letzten Jahres von nun an in ruhigeren Bahnen verlaufen dürfte. Im Sog der US-Konjunktur könnte sich auch das Wachstum in Kanada und Japan etwas verlangsamen. Für die meisten europäischen Industrieländer — hier setzte die konjunkturelle Erholung später als in den USA ein — wird allgemein mit einer Beibehaltung des letztjährigen Wachstumstempos bzw. mit einer leichten Verstärkung gerechnet. Dabei ist unterstellt, daß von der US-Konjunktur zwar im weiteren Verlauf dämpfende, aber keine rezessiven Einflüsse ausgehen. Nach den Schätzungen der OECD kann 1985 in den Industrieländern mit einem realen Wirtschaftswachstum von 3 v. H. nach $4\frac{1}{2}$ bis 5 v. H. im Vorjahr, gerechnet werden.

Für 1985 gehen die Erwartungen für den Welthandel relativ stark auseinander, wobei die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute mit +4 v. H. das untere und der IWF sowie das OECD-Sekretariat mit $+5\frac{1}{2}$ bis +6 v. H. das obere Ende des derzeitigen Prognosespektrums markieren. Dabei werden wie immer keine protektionistischen Behinderungen des Warenaustausches und keine Wechselkurssturbulenzen unterstellt. Die deutschen Exportchancen kommen aber weniger in einer solchen globalen Welthandelsziffer zum Ausdruck als vielmehr in der durch Regional- und Warenstruktur geprägten Entwicklung der deutschen Exportmärkte. Darüber hinaus ist die Änderung von Marktanteilen aufgrund der vielfältigen Wettbewerbsfaktoren und vor allem der Anstrengungen der Exporteure selbst von großer Bedeutung für das Ausfuhrergebnis. Dies hat gerade wieder die Entwicklung im Vorjahr gezeigt.

Die erwartete Regionalstruktur der Weltimportnachfrage spricht auch 1985, wenn auch nicht so ausgeprägt wie im Vorjahr, für eine leicht unterproportionale Entwicklung der deutschen Exportmärkte im Vergleich zum gesamten Welthandel. Nach den der Jahresprojektion zugrundeliegenden Annahmen, wonach nur mit geringfügigen Ände-

rungen im derzeitigen Wechselkursgefüge gerechnet wird, wäre auch 1985 nochmals mit leichten Marktanteilsgewinnen im internationalen Warenaustausch zu rechnen. Dies gilt in der Jahresdurchschnittsbetrachtung bereits dann, wenn die jetzt realisierten Marktanteile gehalten werden können, also keine weiteren hinzukommen.

Insgesamt kann danach davon ausgegangen werden, daß die Exporte auch 1985, trotz des erwarteten nachlassenden Expansionstempos im Vergleich zum Vorjahr, einen fühlbaren Wachstums- und Beschäftigungsbeitrag liefern werden. Bei der Annahme einer realen Ausweitung der deutschen Exportmärkte in der Größenordnung von 5 bis 6 v. H. und nochmaligen leichten Marktanteilsgewinnen geht die Jahresprojektion unter Berücksichtigung des erwarteten, weiterhin als moderat zu veranschlagenden Preisanstiegs für Ausfuhr Güter sowie unter Einbeziehung der eher unterproportional zunehmenden Dienstleistungseinnahmen von einer

nominalen Zunahme der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um 9 bis 10 v. H.

(nach 10,5 v. H. im Vorjahr) aus.

10. Das Investitionsklima in der gewerblichen Wirtschaft hat sich im vergangenen Jahr erheblich verbessert, so daß die Investitionsneigung der Unternehmen deutlich gestiegen sein dürfte. Hierzu hat neben der Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen vor allem auch die zunehmend regere Auslandsnachfrage und die günstige Entwicklung der Unternehmensgewinne beigetragen, die auch 1984 — ähnlich wie in den beiden Jahren zuvor — noch einmal kräftig erhöht werden konnten. Darüber hinaus hat sich das Renditeverhältnis zwischen Sach- und Finanzanlagen im letzten Jahr auch deswegen weiter zugunsten der Investitionen in Sachkapital verschoben, weil die Kapitalmarktzinsen wieder sanken. Auch für 1985 ist zu erwarten, daß die vorteilhafte Ertragsentwicklung anhält und die Attraktivität von Sachinvestitionen im Vergleich zu Finanzinvestitionen bei eher weiter nachgebenden Kapitalmarktzinsen noch zunimmt.

Ein zusätzlicher Impuls für die Investitionstätigkeit dürfte von der Tatsache ausgehen, daß in weiten Bereichen der Wirtschaft die Produktionskapazitäten im Gefolge des konjunkturellen Aufschwungs wieder besser genutzt werden konnten. Hierdurch dürften zahlreiche Unternehmen in nicht unerheblichem Maße zu beschäftigungswirksamen Erweiterungsinvestitionen veranlaßt werden, zumal die vergrößerten Absatzchancen auf den Inlands- und Auslandsmärkten derzeit im allgemeinen positiv zu beurteilen sind. Eine wichtige Ausnahme bilden allerdings die Bauwirtschaft und ihr nahestehende Bereiche, die angesichts der ungünstigen Nachfragesituation und Absatzlage ihre Investitionen eher einschränken dürften. Zwar wird — zumindest den Ergebnissen des Ifo-Investitionstests zufolge — das Hauptinvestitionsmotiv auch noch 1985 voraussichtlich die Rationalisierung sein, die Gewichte haben sich zuletzt aber spürbar in Richtung Erweiterung der Produktionskapazitäten verschoben. Dies kann

man als typisches Zeichen einer gefestigten konjunkturellen Aufwärtsentwicklung ansehen.

Darüber hinaus erhalten die Investitionen verstärkt von der technologischen Entwicklung Auftrieb. Aus Wettbewerbsgründen sind solche Investitionen vielfach unaufschiebbar. Insgesamt wird in der Jahresprojektion davon ausgegangen, daß die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit in diesem Jahr auf breiter Front ausdehnen werden. Diese Einschätzung wird auch durch Unternehmensbefragungen bestätigt; danach ist im Verarbeitenden Gewerbe mit einer deutlichen und überproportionalen Belebung der Investitionen zu rechnen. Hierbei dürften die *Ausrüstungsinvestitionen* erheblich stärker zunehmen als die *gewerblichen Bauten*, da manche Unternehmensbauinvestitionen, die normalerweise in diesem Jahr durchgeführt worden wären, wegen der Investitionszulage auf 1984 vorgezogen wurden. Für die *Unternehmensinvestitionen* insgesamt wird in der Jahresprojektion in realer Rechnung ein Anstieg von 6 bis 7 v.H. erwartet.

Nachdem die *Wohnungsbautätigkeit* im letzten Jahr noch durch eine Reihe von Sonderfaktoren aus dem Dringlichkeitsprogramm von Ende 1982 zunächst positiv beeinflusst worden war, ist für 1985 damit zu rechnen, daß das Investitionsvolumen in diesem Bereich das Vorjahresniveau nicht mehr erreicht. Für diese Einschätzung spricht insbesondere die bis zuletzt rückläufige Nachfrage. Angesichts des hohen Gewichts des Wohnungsbaus an den gesamten Anlageinvestitionen von rd. 30 v.H. bleibt dies nicht ohne dämpfenden Einfluß auf deren Gesamtergebnis. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß durch das Dringlichkeitsprogramm Bauvorhaben auf 1983 und 1984 vorgezogen wurden, die sonst zum Teil erst 1985 in Angriff genommen worden wären. Die sich voraussichtlich verbessernde Einkommenssituation der privaten Haushalte und wahrscheinlich nachgebende Zinsen könnten der erwarteten abwärtsgerichteten Tendenz entgegenwirken.

Die *öffentlichen Investitionen* sind 1984 dem Volumen nach gegenüber dem Vorjahr gesunken. Allerdings hat sich das Tempo der Abnahme 1984 stark verlangsamt. In der Zwischenzeit dürfte sich ein nicht unerheblicher Nachholbedarf aufgestaut haben. Die deutlichen Konsolidierungsfortschritte, insbesondere bei den Gemeinden, können den notwendigen Finanzierungsspielraum liefern, damit dieser Bedarf in Zukunft auch nachfrage- und produktionswirksam wird. Inzwischen hat sich die Nachfrageentwicklung aus dem öffentlichen Bereich vor allem für Tiefbauten bereits erfreulicherweise verstärkt; vielfach ist jedoch bei Trägern öffentlicher Investitionen noch deutliche Zurückhaltung zu beobachten. Die Bundesregierung hält es für wünschenswert, daß wirtschaftlich vernünftige Investitionsvorhaben nicht unnötig zurückgestellt werden, damit die öffentliche Investitionstätigkeit wieder positiv auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausstrahlen kann und freie Kapazitäten in der Bauwirtschaft genutzt werden. Für 1985 wird in der Jahresprojektion mit einem realen Zuwachs

der öffentlichen Investitionen von 2 bis 3 v.H. gerechnet.

Unter diesen Annahmen für die reale Entwicklung der Anlageinvestitionen der Unternehmen, des Wohnungsbaus und des Staates und unter Berücksichtigung eines ruhigen Preisverlaufs für Ausrüstungen und Bauten wird in der Jahresprojektion ein

nominaler Anstieg der Anlageinvestitionen von 5 bis 6 v.H.

(nach 3,2 v.H. im Vorjahr) erwartet. Real bedeutet dies etwa eine Verdreifachung der Wachstumsrate.

In den beiden letzten Jahren gingen vom *Lageraufbau* kräftige Wachstumsimpulse aus. In der Jahresprojektion wird davon ausgegangen, daß der Lagerzyklus im weiteren Verlauf nicht durch Sonderfaktoren positiv oder negativ beeinflusst wird und die Lagerinvestitionen 1985 etwa in der Größenordnung des Vorjahres oder etwas darüber liegen werden.

11. Die Bestimmungsgrößen des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte sprechen für eine abermals beschleunigte Zunahme in nominaler und realer Rechnung. Im einzelnen dürfte die Brutto-lohn- und -gehaltssumme wegen einer gegenüber 1984 verbesserten Beschäftigungslage und einer etwas kräftigeren Zunahme der Durchschnittseinkommen mit rd. 4 v.H. eine deutlich stärkere Ausweitung als im Vorjahr erfahren. Aufgrund des Progressionseffekts bei der Lohnsteuer und weiterhin überproportional zunehmender Sozialbeiträge wegen höherer Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung wird die Nettolohn- und -gehaltssumme zwar schwächer expandieren, mit ca. 3 v.H. dürfte sich ihre Zuwachsrate gegenüber 1984 aber fühlbar erhöhen. Je Beschäftigten gerechnet würde dies nach Abzug der erwarteten Verbraucherpreissteigerung erstmals nach 1979 auch bei den Nettolöhnen und -gehältern wieder eine reale Zunahme bedeuten. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften sich zwar nicht mehr so kräftig erhöhen wie im Vorjahr, wegen der weiterhin erwarteten Ertragsverbesserungen könnten sie aber erneut überproportional zu den übrigen Komponenten des verfügbaren Einkommens steigen. Für die vom Staat geleisteten Übertragungseinkommen wurde mit 2¹/₂ v.H. eine gegenüber 1984 leicht beschleunigte Zunahme angesetzt, da anders als in den Vorjahren keine Kürzungen bei den sozialen Leistungen erfolgen.

Insgesamt ergibt sich nach diesen Annahmen für das verfügbare Einkommen ein Anstieg um ca. 3¹/₂ bis 4¹/₂ v.H., der damit höher ausfallen würde als in den drei vorangegangenen Jahren. Bei der Abschätzung der privaten Ersparnisbildung ist einmal zu berücksichtigen, daß die Sparquote derzeit auf einem Niveau liegt, das so niedrig ist wie 1967; von daher spricht nicht viel für ein weiteres Absinken. Andererseits dürften u.a. die Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigungslage sowie das nachgebende Zinsniveau einem Wiederanstieg der Sparquote eher entgegenwirken. In der Jahrespro-

jektion wird angenommen, daß sich die Ersparnisbildung etwa parallel zum verfügbaren Einkommen entwickelt, die Sparquote also mehr oder weniger unverändert bleibt.

Unter diesen Voraussetzungen könnte dann auch

der Private Verbrauch nominal um ca. 3 1/2 bis 4 1/2 v. H.

(nach 3,5 v. H. im Vorjahr) zunehmen.

12. Die Entwicklung der Personalausgaben des Staates ist durch die Vereinbarungen und Festlegungen im Tarif- und Besoldungsbereich überschaubar. Danach ist mit einer etwas beschleunigten Zunahme des Personalaufwands der Gebietskörperschaften zu rechnen. Für die Sachleistungen im Sozialversicherungsbereich, die im Vorjahr durch unerwartet hohe Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Arzt- und Krankenhausleistungen sowie Arzneimittel geprägt waren, wird dagegen in der Jahresprojektion von einer jetzt etwas abgeschwächten Expansion ausgegangen. Unter diesen Bedingungen wird für

den Staatsverbrauch mit einer nominalen Zunahme um 4 bis 5 v. H.

(nach 4,1 v. H. im Vorjahr) gerechnet.

13. Die Annahmen für Ausfuhr und Inlandsnachfrage führen für die gesamtwirtschaftliche Endnachfrage zu einer nominalen Zunahme von rd. 6 v. H., d. h. etwa so hoch wie im Vorjahr (5,8 v. H.). Damit ist auch für die Einfuhren mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen. Aufgrund der unterstellten Tendenzen bei der Vorratsbildung dürfte das Einfuhrvolumen jedoch schwächer als im Vorjahr expandieren; auch wird der Importpreisanstieg nach den Annahmen der Jahresprojektion geringer als 1984 ausfallen. Daher wird für die Einfuhren mit einer nominalen Zunahme um 8 1/2 bis 9 1/2 v. H. (nach 9,9 v. H. im Vorjahr) gerechnet, die damit trotzdem abermals deutlich über die Ausweitung der volkswirtschaftlichen Endnachfrage hinausgehen würde.

Insgesamt ergibt sich daraus ein

nominaler Außenbeitrag von + 50 bis + 55 Mrd. DM

(nach knapp + 46 Mrd. DM im Vorjahr). Dieses Ergebnis resultiert aus einer weiteren Ausweitung des Waren- und Dienstleistungsaustausches mit dem Ausland in realer Rechnung. Die Wirkungen des stärkeren Anstiegs des Ausfuhr- als des Einfuhrvolumens auf den nominalen Außenbeitrag werden jedoch durch die abermals erwartete terms-of-trade-Verschlechterung gebremst. In der Jahresprojektion wird in der Tat davon ausgegangen, daß die Einfuhrpreise auch 1985 im Jahresdurchschnitt kräftiger als die Ausfuhrpreise steigen werden. Diese Entwicklung ergibt sich im wesentlichen bereits aus dem Verlauf der Einfuhrpreise bis Ende letzten Jahres, als ihr Anstieg vor allem Wechselkursbedingt höher ausfiel als die gleichzeitigen Ausfuhrpreissteigerungen.

Im Jahresdurchschnitt 1985 würde sich damit insgesamt ein

Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts von rd. 5 v. H.

(nach 4,6 v. H. im Vorjahr) ergeben.

14. Die Bestimmungsgründe für die Preisentwicklung dürften sich aus heutiger Sicht nicht grundlegend von dem in der jüngsten Vergangenheit beobachteten Verlauf unterscheiden. Somit wird die Entwicklung der Verbraucherpreise voraussichtlich weiterhin ähnlich ruhig wie im vergangenen Jahr verlaufen, als die Preise nur geringfügig stiegen. Zwar könnte sich die Entwicklung der Einfuhrpreise abschwächen, wenn es, wie erwartet, nicht zu den Einfuhren verteuernenden Wechselkursverschiebungen kommt. Andererseits dürfte die Kostenentwicklung im Inland, insbesondere die Lohnkostenentwicklung, die 1984 auf einem so flachen Anstiegswinkel wie seit dem Übergang von der Rezessions- in die Aufschwungsphase 1987/1988 nicht mehr verlief, eher leicht höher ausfallen.

Bei einem Überhang am Jahresende 1984 von saisonbereinigt nur noch rd. 1 v. H. — dem niedrigsten Wert seit 1978 — und der Erwartung einer anhaltend gedämpften Preisentwicklung im weiteren Verlauf dürfte insgesamt der

Anstieg der Verbraucherpreise 1985 rd. 2 v. H.

betragen und damit das günstige Ergebnis des Vorjahres im Jahresdurchschnitt eher noch unterschreiten.

Der Preisanstieg für die übrigen Komponenten der Inlandsnachfrage könnte teilweise eher etwas höher ausfallen, so daß in der Jahresprojektion für die *gesamte inländische Güterverwendung* mit einem Preisanstieg von rd. 2 1/2 v. H. gerechnet wird. In dieser Preisentwicklung sind überproportional steigende Einfuhrpreise enthalten. Der *Deflator für das Bruttosozialprodukt*, der ein Maßstab für die Vertuierung der inländischen Wertschöpfung ist und auf den die Einfuhrpreise unmittelbar nicht einwirken, würde danach wie im Vorjahr rd. 2 v. H. im Jahresdurchschnitt betragen.

15. Aus den Annahmen der Jahresprojektion für die nominale Entwicklung des Sozialprodukts und seiner Preiskomponente ergibt sich im Jahresdurchschnitt 1985

real ein Wachstum des Bruttosozialprodukts von rd. 2 1/2 v. H.

oder mehr.

Die bereits im Vorjahr erreichte höhere Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials wird auch im Jahr 1985 weiter ansteigen, da das Potentialwachstum zur Zeit eine Rate von 2 v. H. nicht überschreiten dürfte. Für die Arbeitsproduktivität, hier gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, wird im Einklang mit bisherigen zyklischen Erfahrungen in dieser fortgeschrittenen Phase der gesamtwirtschaftlichen Erholung eine im

Vergleich zum Vorjahr verlangsamte Zunahme von rd. 2 v.H. erwartet. Zu Beginn einer konjunkturellen Erholung sind nämlich die erzielbaren Produktivitätsfortschritte durch das Hineinwachsen in unausgelastete Kapazitäten besonders groß. Dies war auch 1983 und 1984 der Fall. In der Folgezeit führt ein anhaltendes Produktionswachstum dann mehr und mehr zu einer Ausweitung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß in dieser konjunkturellen Phase das Arbeitsvolumen auch nicht mehr so kräftig wie bisher durch die Ausweitung der Arbeitszeit gesteigert werden kann, da u. a. der Abbau der Kurzarbeit bereits weit fortgeschritten ist und teilweise eine Verminderung der Wochenarbeitszeit vereinbart wurde. Dies alles zusammengekommen würde bedeuten, daß es auch im Jahresdurchschnitt 1985 erstmals nach 1980 wieder zu einer Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung kommt.

Vorausberechnungen über das zukünftige Erwerbspersonenangebot werden angesichts der verschobenen neuen Volkszählung noch für einige Jahre stark fehlerbehaftet bleiben; dies birgt auch Risiken für die Einschätzung der weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Wie seit 1977 in jedem Jahr dürfte es auch in diesem noch zu einem wachsenden potentiellen Arbeitskräfteangebot kommen. Die Ausweitung dürfte aber nur noch gering ausfallen, da neben den demographisch wirksamen Faktoren der weitere Anstieg von zwei Seiten gebremst werden dürfte. Die Zahl ausländischer Arbeitskräfte könnte sich weiter vermindern. Dazu trägt das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern bei, das zugleich den Bedürfnissen vieler ausländischer Arbeitnehmer entspricht. Rund 250 000 Ausländer (einschließlich Familienangehörige) sind mit Hilfe der Leistungen nach diesem Gesetz in ihre Heimat zurückgekehrt. Von der 1984 eingeführten Vorruhestandsregelung, die aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen 1985 an Breite gewinnt, wird ebenfalls ein dämpfender Effekt auf das effektive Erwerbspersonenangebot ausgehen. Etwa 250 000 Arbeitnehmer werden derzeit von solchen Vereinbarungen erfaßt. Weitere Abschlüsse sind zu erwarten. Die Bundesanstalt für Arbeit geht in ihrem Haushalt für 1985 davon aus, daß im Jahresdurchschnitt für etwa 80 000 Arbeitnehmer Vorruhestandsleistungen anstehen werden.

Andererseits geht eine steigende Beschäftigung erfahrungsgemäß mit einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung einher. Unter Berücksichtigung dieser besonders unsicheren Annahmen über das künftige Erwerbspersonenangebot und das Erwerbsverhalten wird in der Jahresprojektion davon ausgegangen, daß der erwartete Abbau der Arbeitslosigkeit etwas geringer als der gleichzeitige Beschäftigungsanstieg ausfällt, so daß

die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1985 unter 9 v.H. der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. unter 8 v.H. aller Erwerbspersonen betragen könnte.

Damit würde die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1979 wieder sinken. Im Jahresverlauf würde der Abbau

der Arbeitslosigkeit freilich spürbar stärker ausfallen, als es in diesen Jahresdurchschnittszahlen zum Ausdruck kommt.

16. Das Volkseinkommen dürfte sich nach den Annahmen der Jahresprojektion mit einer Zunahme von rd. $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{2}$ v.H. etwa parallel zum nominalen Bruttosozialprodukt entwickeln. Bei der Abschätzung der Verteilung des Volkseinkommens auf die Primäreinkommen wurde angesichts der bereits getroffenen Vereinbarungen und in der Erwartung, daß die bisher im Ganzen moderate Lohnentwicklung sich fortsetzt, von einem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer um rd. $3\frac{1}{2}$ v.H. ausgegangen.

Berücksichtigt man, daß die Beschäftigung wieder zunimmt und die Beiträge der Arbeitgeber zur sozialen Sicherung wegen höherer Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung überproportional steigen werden, so könnte die

Zunahme des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit 4 bis $4\frac{1}{2}$ v.H.

betragen.

Somit würde sich für das in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Differenz zwischen Volkseinkommen und Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ermittelte

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen eine Zunahme von 6 bis 7 v.H.

ergeben.

Damit würde sich erneut eine Bruttoeinkommensverteilung mit überproportionaler Ausweitung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen ergeben, wenn auch bei weitem nicht im Ausmaß der beiden vorangegangenen Jahre. Dies ist nach den Annahmen der Jahresprojektion eine wichtige Voraussetzung für die erwartete Investitionsbelebung und die Ausdehnung der Beschäftigung. Die um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote am Volkseinkommen würde nochmals geringfügig sinken und damit etwa den Durchschnitt der sechziger Jahre wieder erreichen.

17. Nach den vorliegenden Haushaltsplanungen und -ansätzen ist für die Ausgaben der Gebietskörperschaften und im Sozialversicherungsbereich eine Zunahme um 3 bis 4 v.H. zu erwarten. Dabei dürften die Ausgaben der Gebietskörperschaften mit einer Zunahme von etwa 3 v.H. entsprechend dem im Finanzplanungsrat nochmals bekräftigten Konsolidierungskurs erneut deutlich hinter dem Wachstum des nominalen Sozialprodukts zurückbleiben. Dagegen werden sich die Ausgaben der Sozialversicherung auch im nächsten Jahr wegen der über Erwartungen kräftigen Zunahme bei den Sachleistungen voraussichtlich überproportional zu den Gesamtausgaben erhöhen. Dies ist auch der Grund für das relativ starke Anwachsen des Staatsverbrauchs im Sozialversicherungsbereich, während sich für die Gebietskörperschaften hierfür eine Zunahme etwa im Rahmen der gesamten Ausgaben-

entwicklung abzeichnet. Der Anstieg der Einkommens- und Vermögensübertragungen (einschl. Zinsen), der größten hier betrachteten Ausgabenkategorie, dürfte sich unterhalb der Ausweitung des gesamten Ausgabenrahmens bewegen, während für die öffentlichen Investitionen nach jahrelanger Schwäche mit einer überproportionalen Zunahme gerechnet wird.

Der Anstieg der Gesamteinnahmen wird voraussichtlich mit etwa $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{2}$ v.H. wiederum deutlich über die Zunahme der Ausgaben hinausgehen. Für die Steuern dürfte sich dabei ebenfalls ein Mehraufkommen um $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{2}$ v.H. ergeben, was etwa dem Wachstum des nominalen Sozialprodukts entsprechen würde. Die Sozialbeiträge werden voraussichtlich in der gleichen Größenordnung und damit etwas schneller als im Vorjahr ansteigen, wofür die stärkere Ausweitung der Bruttolohn- und -gehaltssumme und die Beitragssatzanhebungen in der gesetzlichen Krankenversicherung ausschlaggebend sind. Bei den übrigen Einnahmen wird derzeit mit einer leicht unterproportionalen Zunahme gerechnet.

Aus der abermals auseinanderlaufenden Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich erneut ein Abbau des gesamten staatlichen Finanzie-

rungsdefizits (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) auf 26 bis 30 Mrd. DM nach 39,5 Mrd. DM im Vorjahr. Dabei wird diese Aktivierung wie 1984 hauptsächlich bei den Gebietskörperschaften wirksam. Das Gesamtdefizit des Staates würde damit nur noch etwa $1\frac{1}{2}$ v.H. des Bruttosozialprodukts (nach 2,3 v.H. im Vorjahr) entsprechen.

18. In der Finanzierungsrechnung der Volkswirtschaft kommt zu diesem geringeren staatlichen Kreditbedarf noch eine leicht höhere Geldvermögensbildung der privaten Haushalte hinzu, wie sie sich nach den Annahmen der Jahresprojektion bei mehr oder weniger unveränderter Sparneigung aus dem steigenden verfügbaren Einkommen ergibt. Dieser größere Finanzierungsspielraum dürfte sich einmal in einem leicht zunehmenden Forderungsaufbau gegenüber dem Ausland in Höhe des erwarteten Leistungsbilanzüberschusses niederschlagen. Zum größeren Teil wird er sich jedoch voraussichtlich in einem steigenden Finanzierungsbedarf des Unternehmenssektors widerspiegeln, wenn, wie in der Jahresprojektion unterstellt, die Bruttoinvestitionen in diesem Jahr stärker als die eigenen Mittel zunehmen.

**Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1981 bis 1984
und Eckwerte der Jahresprojektion 1985**

	1981	1982 ³⁾	1983 ³⁾	1984 ⁴⁾	1985 ⁵⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.				
Entstehung des Sozialprodukts					
Erwerbstätige	- 0,8	- 1,8	- 1,7	- 0,3	+ rd. 1/2
Arbeitslosenquote in v. H. A ¹⁾	(5,4)	(7,5)	(9,1)	(9,1)	(unter 9)
B ²⁾	(4,7)	(6,7)	(8,1)	(8,1)	(unter 8)
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,9	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 1
In Preisen von 1976 (real)					
Bruttosozialprodukt	- 0,2	- 1,1	+ 1,3	+ 2,6	+ rd. 2 1/2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,0	- 1,0	+ 1,0	+ 2,6	+ rd. 2 1/2
BIP je Erwerbstätigen	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,8	+ 3,0	+ rd. 2
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 1,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 3,2	+ rd. 3
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 5,4	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,5	+ 3 1/2 bis + 4 1/2
Staatsverbrauch	+ 6,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 4,1	+ 4 bis + 5
Anlageinvestitionen	+ 0,1	- 2,2	+ 4,8	+ 3,2	+ 5 bis + 6
darunter: Öffentliche Investitionen	- 5,5	- 9,1	- 7,3	- 0,4	+ 4 bis + 5
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(- 4,9)	(- 5,3)	(+ 4,9)	(+ 16,5)	(+ 16 bis + 20)
Inlandsnachfrage	+ 2,8	+ 2,0	+ 4,6	+ 4,2	+ 4 bis + 5
Außenbeitrag					
Mrd. DM	(+ 14,7)	(+ 38,1)	(+ 38,8)	(+ 45,9)	(+ 50 bis + 55)
Anteil am Bruttosozialprodukt in v. H.	(1,0)	(2,4)	(2,3)	(2,6)	(2 1/2 bis 3)
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+ 4,0	+ 3,5	+ 4,5	+ 4,6	+ rd. 5
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	+ 6,1	+ 5,0	+ 2,9	+ 2,6	+ rd. 2
Inlandsnachfrage	+ 5,4	+ 4,1	+ 2,6	+ 2,3	+ rd. 2 1/2
Bruttosozialprodukt	+ 4,2	+ 4,7	+ 3,2	+ 1,9	+ rd. 2
Verteilung des Sozialprodukts					
Volkseinkommen	+ 3,3	+ 3,2	+ 4,2	+ 4,7	+ 4 1/2 bis + 5 1/2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Summe)	- 0,1	+ 6,1	+ 11,2	+ rd. 9 1/2	+ 6 bis + 7
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ 4,6	+ 2,2	+ 1,7	+ rd. 3	+ 4 bis + 4 1/2
<i>Nachrichtlich:</i>					
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 4,9	+ 4,2	+ 3,4	+ rd. 3	+ rd. 3 1/2
Sparquote	(13,5)	(12,9)	(11,4)	(11,4)	(11 bis 11 1/2)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1985

⁵⁾ Jahresprojektion

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1981	1982 ¹⁾	1983 ¹⁾	1984 ²⁾	1985 ³⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.				
Einnahmen					
Steuern	+ 1,4	+ 2,2	+ 5,0	+ 5,4	+4 1/2 bis +5 1/2
Sozialbeiträge ⁴⁾	+ 8,4	+ 6,1	+ 2,0	+ 4,1	+4 1/2 bis +5 1/2
Sonstige Einnahmen	+ 9,7	+17,1	+ 6,4	+ 2,7	+3 1/2 bis +4 1/2
Einnahmen insgesamt	+ 4,5	+ 4,8	+ 4,0	+ 4,7	+4 1/2 bis +5 1/2
Ausgaben					
Staatsverbrauch	+ 6,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 4,1	+4 bis +5
Einkommens- und Vermögens- übertragungen ⁵⁾	+ 7,3	+ 6,8	+ 3,4	+ 3,8	+2 bis +3
Investitionen	- 5,9	- 9,5	- 7,3	- 0,4	+4 bis +5
Ausgaben insgesamt	+ 6,0	+ 3,9	+ 2,5	+ 3,7	+3 bis +4
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	-59,5	-55,1	-45,5	-39,5	-26 bis -30

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

²⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1985

³⁾ Jahresprojektion

⁴⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

⁵⁾ Einschließlich Zinsen

Bundesrat

Drucksache 60/85

30. 01. 85

Wi – AS – Fz

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1985 der Bundesregierung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (42) — 600 01 — Ja 16/85

Bonn, den 30. Januar 1985

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) den

Jahreswirtschaftsbericht 1985 der Bundesregierung.

Der Bericht wird gleichzeitig dem Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

Kohl

26.04.85

Beschluß
des Bundesrates

zum

Jahresgutachten 1984/85 des Sachverständigenrates zur Begutach-
tung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und

Jahreswirtschaftsbericht 1985 der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 550. Sitzung am 26. April 1985 beschlos-
sen, zu dem

Jahresgutachten 1984/85 des Sachverständigenrates zur
Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und zu dem

Jahreswirtschaftsbericht 1985 der Bundesregierung

/ wie aus der Anlage ersichtlich Stellung zu nehmen.

Anlage

S t e l l u n g n a h m e

zum

Jahresgutachten 1984/85
des Sachverständigenrates zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und zum

Jahreswirtschaftsbericht 1985
der Bundesregierung

1. Der Bundesrat geht wie Bundesregierung und Sachverständigenrat davon aus, daß sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung 1985 fortsetzt. Auch er sieht in der deutlich gestiegenen Investitionsbereitschaft der Unternehmen und in einer starken Auslandsnachfrage die Hauptstützen der Konjunktur.

2. Bei seiner insgesamt positiven Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten erkennt der Bundesrat aber nicht die Probleme einzelner Wirtschaftsbereiche, wie sie vor allem in der Bauwirtschaft bestehen. Besondere Bedeutung ist deshalb produktivitätsfördernden und infrastrukturverbessernden Investitionen im öffentlichen Bereich beizumessen, die einen wichtigen Beitrag zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die private Investitionstätigkeit leisten. Der Bundesrat fordert gleichzeitig die Kommunen auf, ihren wiedergewonnenen finanzpolitischen Handlungsspielraum zugunsten einer verstärkten Investitionstätigkeit einzusetzen.

3. Der Bundesrat sieht wie die Bundesregierung und der Sachverständigenrat in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach wie vor das wirtschaftspolitische Ziel Nummer eins. Auch er hält eine marktwirtschaftliche Politik, die Leistungs- und Risikobereitschaft stärkt, Eigeninitiative und Flexibilität fördert, für den einzig richtigen Weg, um die drängenden Arbeitsmarktprobleme zu lösen. Der Bundesrat setzt sich deshalb mit Nachdruck dafür ein, daß die im Herbst 1982 eingeleitete Neuorientierung der Wirtschaftspolitik konsequent fortgesetzt wird. Er begrüßt insbesondere die Pläne der Bundesregierung, das Steuersystem auch über die bereits getroffenen Entscheidungen hinaus investitions- und wachstumsfreundlicher zu gestalten. Gleichzeitig hält er im Rahmen einer konsequent fortzusetzenden Konsolidierungspolitik weitere Fortschritte bei der notwendigen Umschichtung öffentlicher Ausgaben in Richtung auf wachstums- und beschäftigungsfördernde investive Maßnahmen für unverzichtbar.

4. Im Zusammenhang mit der Vermögenspolitik unterstreicht der Bundesrat die schon im Jahreswirtschaftsbericht 1984 getroffene Feststellung der Bundesregierung, daß es sich bei dem am 1. Januar 1984 in Kraft getretenen Vermögensbeteiligungsgesetz um einen ersten Schritt zum Ausbau der Vermögensbildung handelt, dem in dieser Legislaturperiode ein zweiter Schritt folgen soll.

Die Bundesregierung wird gebeten, den angekündigten Gesetzentwurf möglichst frühzeitig noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen. Dabei sollten, wie im Beschluß des Bundesrates vom 16. Dezember 1983 - Drucksache 517/83 (Beschluß) - ausführlich dargelegt,

- die Anlagemöglichkeiten des Vermögensbeteiligungsgesetzes noch stärker auf Produktivvermögen ausgerichtet werden und
- indirekte (überbetriebliche) Beteiligungsformen über Beteiligungs-Sondervermögen durch eine Erweiterung des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) - unter Wahrung der Wahlfreiheit für Arbeitnehmer und Unternehmen - ermöglicht werden.

5. Wie Bundesregierung und Sachverständigenrat hält auch der Bundesrat flexiblere Regelungen auf dem Arbeitsmarkt für notwendig, um die Beschäftigungslage zu verbessern. Eine rasche Verabschiedung des Beschäftigungsförderungsgesetzes erscheint ihm deshalb dringend geboten. Er weist gleichzeitig aber in aller Deutlichkeit darauf hin, daß eine nachhaltige Entlastung des Arbeitsmarktes auf die Unterstützung der Tarifpartner angewiesen ist.

6. Ebenso wie die Bundesregierung anerkennt der Bundesrat den Beitrag, den die Wirtschaft in den letzten beiden Jahren bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen geleistet hat. Er appelliert an die Betriebe, auch 1985 wieder alle Möglichkeiten zu nutzen, um der nochmals hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gerecht zu werden. Der Bundesrat hält es allerdings für bedauerlich, daß die Anpassung mancher Ausbildungsordnungen und Berufsbilder an die technologische Entwicklung teilweise nur mit erheblicher Verzögerung vonstatten geht. Er fordert deshalb die Bundesregierung und die übrigen am Zustandekommen der Ausbildungsordnungen und Berufsbilder beteiligten Stellen auf, auf einen zügigen Erlaß der erforderlichen Rechtsgrundlagen hinzuwirken. Die Länder werden ihre flankierenden Sonderprogramme zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation im Jahr 1985 bedarfsgerecht fortführen.
7. Der Bundesrat ist wie die Bundesregierung der Ansicht, daß der schnellen und marktnahen Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Produkte und Verfahren große Bedeutung zukommt. Er sieht sich durch den Sachverständigenrat in seiner Ansicht bestätigt, daß die staatliche Forschungs- und Technologieförderung in erster Linie darauf abzielen sollte, die Eigeninitiative der Unternehmen und die Antriebskräfte des Marktes zu stärken. Der Bundesrat ist aber auch der Meinung, daß der Staat dazu beitragen kann und muß, damit sich der technologische Umsetzungs- und Realisierungsprozeß rascher, reibungsloser und effektiver vollzieht.

8. Der Bundesrat stellt fest, daß alle Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften von den Arbeitsmarktproblemen, die in jüngster Zeit eher zugenommen haben, betroffen sind. Eine Stärkung der wirtschaftlichen Position Europas insbesondere gegenüber der derzeitigen Attraktivität der Vereinigten Staaten von Amerika und eine damit verbundene Entlastung des Arbeitsmarktes können nur über ein gemeinsames wirtschaftliches Handeln auf europäischer Ebene erreicht werden.

Der Bundesrat fordert daher die Bundesregierung auf, alle Möglichkeiten für eine stärkere Konvergenz der Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik in Europa zur Entfaltung der eigenen Binnenmarktkräfte auszunutzen.

Eine koordinierte Politik auf EG-Ebene muß an den in Europa durchweg verbesserten Voraussetzungen für eine verstärkte Investitionstätigkeit ansetzen. Die schnelle technologische Entwicklung der letzten Jahre hat einen großen Modernisierungsbedarf entstehen lassen. Der hohe Dollarkurs muß auch als Chance genutzt werden, das Produktionspotential zu erneuern, neue Produkte zu entwickeln und neue Märkte zu erobern.

Der Bundesrat tritt dafür ein, daß die politische Antwort auf den weltweiten Strukturwandel nur in einer weltoffenen Modernisierungsstrategie liegen kann, die die Wettbewerbsfähigkeit einerseits durch den Einsatz von Spitzentechnologien sichert und ausbaut, unterstützt durch staatliche Förderung, andererseits strukturschwachen Regionen und Industrieregionen mit heftigem Strukturwandel die Chance läßt, sich umzustrukturieren und zu modernisieren.

9. Den Schutz der Umwelt sieht auch der Bundesrat als ein Anliegen mit hoher Priorität. Er begrüßt es deshalb, daß die Bundesregierung in ihrem diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht einer konsequent marktwirtschaftlichen Umweltpolitik breiten Raum einräumt. Auf nationaler Ebene sind nach Ansicht des Bundesrates bereits deutliche umweltpolitische Fortschritte erzielt worden. Der Bundesrat sieht in der planvollen und ausgewogenen Nutzung des technischen Fortschritts für den Umweltschutz auch die Chance, durch umweltfreundliche Produkt- und Verfahrensinnovation zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Wachstumsbedingungen beizutragen. Den kommenden Wirtschaftsgipfel in Bonn hält er für eine gute Gelegenheit, um auch im internationalen Bereich weiter voranzukommen.